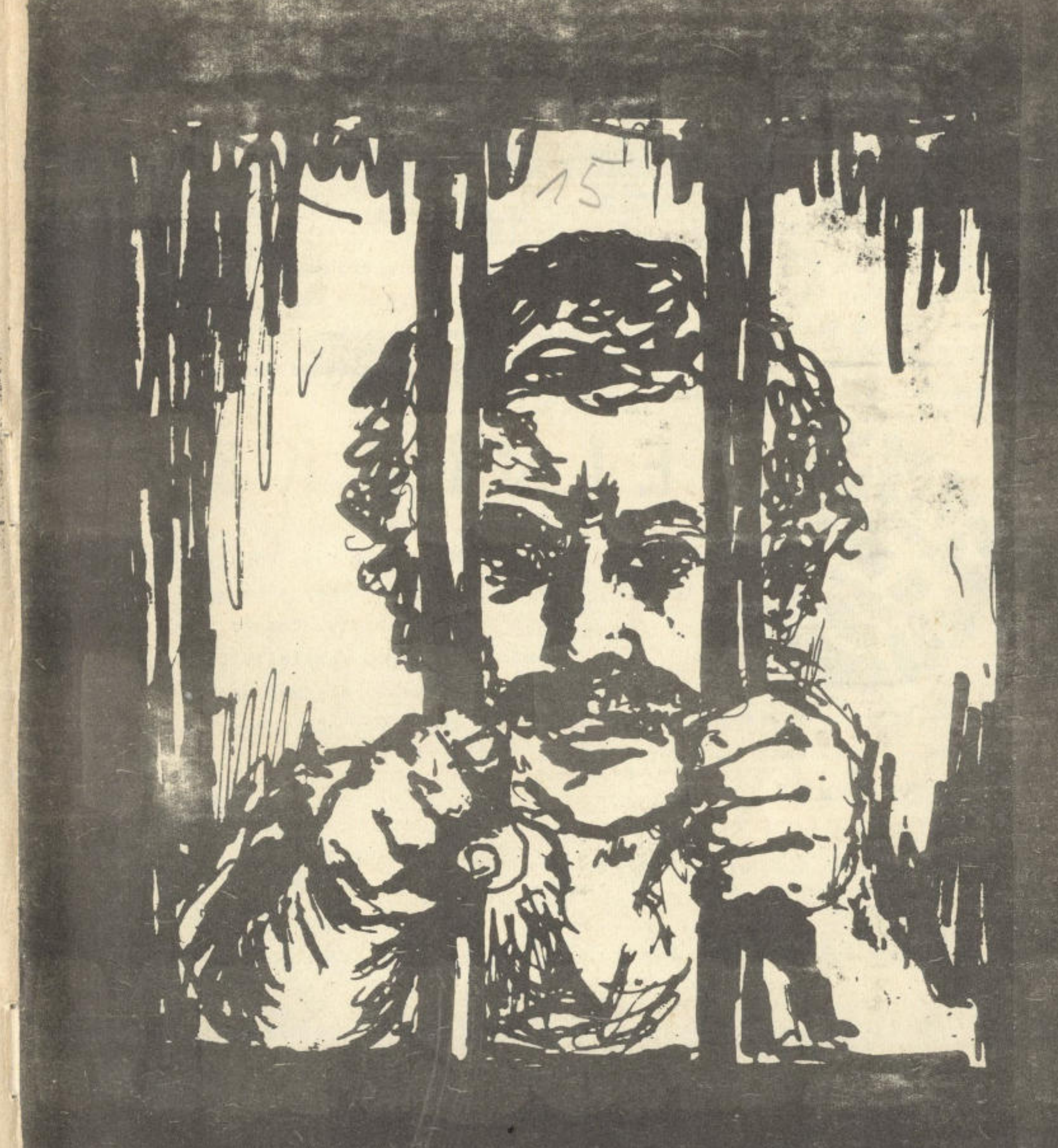
REISST DIE MAUERN EIN HOLT DIE MENSCHEN RAUS

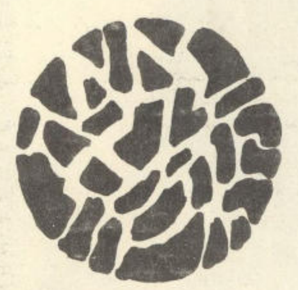




A N ALLE ANARCHISTEN IM NORDDEUTSCHEN RAUM !!!!!!

Am 18. märz, dem tag der proklamation der "Pariser Commune" planen wir in Wilhelmshaven ein erstes norddeutsches anarchistentreffen.

Aufgrund der derzeitigen desorganisation in der anarchistischen bewegung, halten wir es für notwendig, eine überregionale koordination aufzubauen, um einen besseren erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen gruppen zu ermöglichen, und eventuell gemeinsame aktionen durchzuführen. Dazu soll der treff dienen.



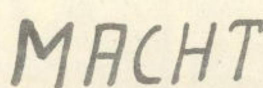
EINIGKEIT

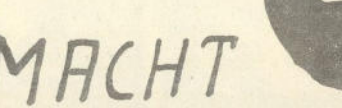
Wir fordern euch auf, konkrete vorschläge zu dieser thematik bis zum 5. märz 1972(damit die unterlagen noch vervielfältigt werden können.) einzusenden.

Schreibt uns mit wieviel leuten ihr kommt, damit wir uns vorbereiten können. Lasst euch von eueren gruppen vollmacht für eventuelle abstimmungen geben.

GENOSSEN!!!
BRINGT IDEEN, SCHLAFSÄCKE, LUFT - MATRATZEN , DECKEN, FRESSEN, USW! MIT!

V E N C E R E M O S!!!





chistentreffen-18.märz, wilhelmshaven, anarchistentreffen-18.märz,wilhelmshaven,anarchisten



Anarchistisches Syndikat W'haven
MAD- Kollektiv Hamburg
Uni-Gruppe-Hamburg
Anarchisten Kiel

Kontaktadresse für den kongress:
AGIT-PROP-BÜCHERSTUBE
2940 Wilhelmshaven
Gökerstraße 32



kommt bitte zu diesem treffpunkt, und schreibt uns wann ihr kommt

›ANARCHO‹ - INFO

internes organ für kommunikation der anarchistischen und rätekommunistischen gruppen in westdeutschland,westberlin,österreich und der schweiz .

NR. 15 - 72 (FEB.)

auflage : 600 exemplare   druck : eigendruck   preis : 1,- dm

impressum
redaktionsanschrift : alexander meyer,2940 wilhelmshaven,flutstr.27
tel. 04421 / 5683 (nur bei sehr dringenden angelegenheiten !).
zahlungen bitte per postanweisung nur noch auf das postscheckkonto klaus stowasser,ffm,nr.96619,kennwort "INFO"; ~~bis zu 2 infos noch in briefmarken a.d.wetzlarer büro,klaus stowasser,633 wetzlar,am fisch markt 8.~~ bis einschl. INFO 15
berichte,zuschriften,kritiken usw.nur noch an die redaktionsanschrift.

inhalt:

SEITE:



BURO WZ

den vielfach angekündigten letzten rechenschaftsbericht des wetzlarer büros wird es wohl nicht mehr geben. der werte genosse, der die arbeit in wetzlar übernommen hatte, hat es vorgezogen, sich in sein privates studierkämmerlein zurückzuziehen. seine begründung war: es sei zuviel arbeit für einen einzelnen genossen und eine gruppe solle das von nunan übernehmen.
die koordinationsarbeit erfolgt nun vorläufig über wilhelmshaven und zwar über die INFO adresse:
Alexander Meyer, 294 Wilhelmshaven, Flutstraße 274
immerhin hat sich der genosse noch bereiterklärt, sein bisheriges konto PSchK Nr 96619 (Frankfurt) solange zur verfügung zu stellen, bis wir ein anderes eingerichtet haben. wir werden das in kürze veröffentlichen.
büropost also in zukunft über die neue adresse.



da wir die arbeit des büros nur vorläfig übernehmen wollen, schlagen wir vor, die verbindliche übernahme dieser arbeit auf dem norddeutschen treffen zu beplanen undzu regeln. die gruppen die sich beteiligen wollen an dem treffen, bitten wir darum, dieses problem schon mal intern zu diskutieren.
es geht darum, 2 - 3 genossen freizustellen, damit sie sich voll der arbeit wirmen können, die durch das büro anfallen. das wäre einmal das beantworten von briefen, anfragen und das zusenden von material.
2. aufbau einer art koordination wichtiger arbeiten wie z.b. der gefangenenhilfe. d.h. kontaktaufnahme zu allen auf diesem gebiet arbeitenden gruppen und regelung eines informationsaustausches, damit stets ein überblick herrscht.

finanzielle belastungen bringt das büro nicht mehr in der form wie am anfang. es läuft eine regelmäßige finanzierung, die höchstwahrscheinlich sogar noch gesteigert werden kann auf mind. ca 25o mark monatlich.
weitere aufgabe des büros wird es sein, engen kontakt zum info zu halten und evtl. an der gestaltung des INFO direkt beteiligt zu sein.
ideal wäre, wenn ein und dieselbe gruppe beide funktionen übernehmen könnte.

wir bitten darum dringend nochmal alle, die dieses INFO lesen, die möglichkeiten zu diskutieren, arbeiten verbindlich zu übernehmen! (betonung auf verbindlich!)
zu dem treffen in wilhelmshaven sind selbstverständlich alle anderen gruppen und genossen herzlichst eingeladen!

SZ, SW/AO

SCHWARZE ZELLE FRANKFURT / DIREKTE AKTION

kurzer lagebericht zum jahresbeginn 1972:
ausführlicher gruppenbericht wird z.zt. noch diskutiert.

I) die allgemeine lage

die stärke des kerns der zelle hat sich bei 2o eingependelt, die genossen kennen sich inzwischen besser, können in der diskussion besser aufeinander eingehen und für die politische arbeit besser absprechen. die proletarische bzw lumpenproletarische klassenstruktur hat sich bestätigt, auffallend ist lediglich das inzwischen eingetretene übergewicht der frauengenossinnen (11 : 9), offenbar ein ergebnis der SW/AO - agitation und der emanzipationskampagnen.

II) die lage im einzelnen:

a) projektgruppe stadt

zur zeit "ruhe vor dem sturm" da in diesem jahr abbruchtermine kündigungen, mieterhöhungen etc. bevorstehen, werden z.zt. vorbereitungen zu kampfmaßnahmen wie wohnkampagne, mieterstreik, besetzungen und andere aktionen diskutiert.

b) projektgruppe SW/AO

trotz regelmäßiger eigener diskussionstreffen bisher keine entscheidung über die fortsetzung der arbeit. geklärt werden muß vor allem die zusammenarbeit mit anderen frauenkampfgruppen frankfurts und die beteiligung an allgemeinen linken frauentreffen und -kampagnen.

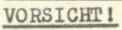
c) projektgruppe subkultur

hier bestehen naturgemäß größere schwierigkeiten für eine regelmäßige zusammenarbeit und diskussion, sowie sehr unterschiedliche auffassungen. trotzdem ist es aber gelungen, die zeitung zustandezubringen - wegen technischer schwierigkeiten verzögert sich das erscheinen noch etwas - sie wird mit te februar herauskommen!

III) die gegenwärtige lage und unsere aufgaben:

1) überwindung der noch immer vorhandenenetheoriefeindlichkeit.
2) versuch einer zusammenarbeit mit anderen frankfurter nicht-autoritären gruppen.
3) bessere verbindung mit gruppen außerhalb frankfurts - insbesondere bessere berlin - kontakte.
4) klare selbstdarstellung unserer interessen.





VORSICHT!
DIE GENOSSEN HABEN LIEFERZEITEN VON EINEM HALBEN JAHR.
die red.

TÜ, FNL

TÜBINGEN

situationsbericht - stand 10.1.71

wie in Stuttgart hat sich auch in tübingen ein sozialistisches zentrum (SZ) gebildet. die schaffung des SZ ging aus von dem wunsch einzelner genossen, und selbständig arbeitender gruppen (IAJP, Juso, jugendclub, MAK, EPAK, ZAF, FNL) die sich nicht an eine der bestehenden politisch wie organisatorisch dogmatisch verfestigten gruppen anschließen wollten. (1) das SZ ist deshalb jedoch kein sammelbecken unterschiedlicher politischer standorte. vielmehr besteht die einheitliche grundlage darin, von den konkreten widersprüchen auszugehen, wie sie sich in der gesellschaft der BRD in ihnerm nationalen und internationalen zusammenhang zeigen. in erkenntnis, daß die lösung der widersprüche nicht auf dem reformistischen weg zu finden ist, (2) versuchen die arbeitsgruppen, anhand der konkreten probleme herauszuarbeiten, wie die vorherrschaft der reformistischen praxis in der BRD beseitigt werden kann. (3)
am anfang der arbeit des SZ stand eine kritik an KSG/ML und ZAF (bisherige praxis), die noch schriftlich vorgelegt werden soll. (4) Dann ergaben sich differenzennin der frage, ob das SZ konkrete projekte der einzelnen gruppen unterstützen solle oder ob dieser anspruch zu bescheiden sei. "es geht darum, eine gemeinsame linie zu finden und im zusammenhang damit eine neue gesamtgesellschaftliche organisationsform. (5) theoretische einheitlichkeit mu.. angestrebt werden um in politischen fragen eine klare abgrenzung von anderen gruppen zu erzielen, um beurteilen zu können, welche gruppen man unterstützen kann, braucht man ein fundiertes strategie-konzept." (6)

3.sitzung am 9.1.72:

es ging in der hauptsache um die grundsätzlichen fragendder hochschularbeit. um einen brauchbaren einstieg zu finden, wurde das (von jedem gelesene) "Magri - paper" (7) diskutiert. einige für die hochschularbeit wesentliche punkte wurden allgemein angenommen. (8)

1. ziel ist die im sozielismus zu verwirklichende totale aufhebung der trennung von hand- und kopfarbeit.
2. die tagesforderungen an der hochschule müssen von diesem ziel her bestimmt werden. das heißt, daß wir langfristig auf eine zerschlagung von schule und hochschule hinarbeiten. das heißt auch, daß hochschulpolitische forderungen von sozialistischer praxis an der basis - dem produktionssektor - her abgeleitete werden und bestimmt werden müssen.

Genossen!

Aufgrund der miserablen finanziellen Situation der Zeitschrift bitten wir zum einen die Abonnenten um die Bezahlung ihres Abos (3,50 DM) noch im Laufe dieses Monats, zum anderen von der 'Möglichkeit', eines Förderabos in unbegrenzter Höhe Gebrauch zu machen.

Zahlungen bitte auf unser Konto

PSchA Hannover 87 377

POLITIKON

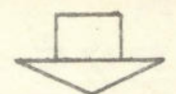
als die frage der vereinheitlichung (s.o.) wieder aufgegriffen wurde, kam es zu keiner exakten klärung. die überwiegende tendenz geht aber hin zu einer vereinheitlichung. einige praktische schritte wurden gemacht: die arbeit wurde vom planum wegverlegt in drei neugegründete arbeitsbereiche (hochschule, betriebs- und lehrlingsarbeit, ausländische arbeiter). in allen drei bereichen war bisher von einzelnen gruppen isoliert gearbeitet wurden. diese gruppen gaben ihre autonomie auf zugunsten einer vereinheitlichung zunächst in den jeweiligen bereichen. jedes mitglied des SZ ist in einem der bereiche aktiv. das plenum dient - zunächst vierzehntägig - dem austausch und der diskussion der arbeitsergebnisse der einzelnen bereiche, sowie der arbeit an grundsätzlichen fragen. generalthema der nächsten VV "lehrlingsarbeit in tübingen" als diskussionsteilnehmer mitglieder der LG des SZ aus stuttgart.

anmerkungen:
(1)diengrundlagen unserer arbeit im SZ stuttgart Info 2 S. 9 f.
(2) zum revisionismus von DKP und ML gruppierungen vergl. die berichte in "PF" 1 - 3 !
(3) siehe (1)
(4) erscheint im INFO sobald sie vorliegt!
(5) in den diskussionen trat die räte idee an erster stelle auf!
6(7
(6) aus protokoll der sitzung des SZ vom 19.12.71
(7) Magri: "Grundzüge eines neuansatzes der studenten- und schülerbewegung" Il Manifesto nr. 5 mai 1970
(8) der bericht ist grob vereinfachend. sobald konkrete ergebnisse der neugeründeten hochschulgruppe vorliegen, erscheinen sie in INFO.

zur lage der FNL

die FNL steht vor ihrer selbstauflösung. diskutiert wird die frage ob auf ein von einigen genossen vorgeschlagenes kommuneprojekt oder ob auf den vorschlag eines anderen teiles der gruppe, geschlossen in den arbeitsbereich betriebs- lehrlingsarbeit einzutreten allgemein eingegangen wird oder ob es zur spaltung kommt.

HHAMBURG





OHNE KOMMENTAR

FREIHEIT!
FLUGBLATT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION HAMBURG:

am 1. januar wurden zwei frankfurter genossen, inge BUHMANN und herbert NAGEL beim passieren der jugoslawisch-griechischen grenze festgenommen. bei ihnen wurden sprengstoff und propagandamaterial der bewegung des 22. oktober gefunden. die bewegung des 22. oktober ist ein teil der befreiungsbewegung des griechischen volkes gegen die faschistische militärchun faschistische militärjunta. die genossen wurden in einem schnellgerichtsverfahren zu sechs bzw acht jahren gefängnis verurteilt. durch dieses urteil macht sich das staatskapitalistische regime jugoslaviens mitschuldig an der weltweiten unterdrückung des griechischen volkes.
nicht zum ersten mal zeigt sich damit das staatskapitalistische system des ostblocks, das sich nur scheinbar von dem griechischen faschismus abwendet, trotzdem aber weiterhin wirtschaftliche und diplomatische kontakte unterhält.
denn:
-die UdssR baut kraftwerke...
-albanien und china erkannten das faschistische system an und nahmen diplomatische beziehungen auf.
-bulgarien liefert griechische flüchtlinge aus.
die staatskapitalistischen länder haben damit schon wieder einmal den proletarischen internationalismus verraten, um so, wie die US - imperialisten ihre macht aufrechtzuerhalten. außerden beschuldigte das jugoslavische regime die genossen, anschläge in kroatien geplant zu haben und an den unruhen in kroatien beteiligt gewesen zu sein. dadurch will das jugoslavische regime seine sabotage an dercgriechischen h-sozialistischen widerstandsbewegung verschleiern.
doch das wird ihnen nicht gelingen!

SOLIDARITÄT MIT HERBERT NAGEL UND INGE BUHMANN UND DER BEWEGUNG DES "22. OKTOBER"!

JEAN BARRUÉ: FRANKREICH

GEWERKSCHAFT IN FRANKREICH

die französische gewerkschaftliche bewegung bietet drei merkmale :
1.in frankreich herrscht der gewerkschaftliche plurallismus und es gibt mehrere organisationen:CGT, CGTFO,CFTC,FEN,CGC,CNT,CFT....... und die list ist damit noch nicht abgeschlossen.
2.die größte organisation ist die der nichtorganisierten arbeiter ! die meisten staats-stadt-und gemeindebeamte sind gewerkschaftlich organisiert.jedoch ist nur eine geringe minderheit der der arbeitnehmer der privaten betriebe in den gewerkschaften zusammengeschlossen.insgesamt sind es höchstens 3,5 millionen organisierter arbeiter,es ist unmöglich genaue zahlen anzugeben da alle organisationen die zahl ihrer mitglieder massl os übertreiben.
3.alle organisationen erklären sich für die unabhängigkeit der gewerkschaften dem staat und den parteiengegenüber,das ist eine alte und eingewurzelte forderund der französischen arbeiterbewegung,die für die meisten gewerkschaften jedoch nicht mehr als ein leerer ausdruck ist.die einen neigen zu einem zusammenschläß mit dem staat,die anderen zu einem zusammenschluß mit der kommunistischen partei (KP).von der unabhängigkeit der gewerkschaftlichen bewegung zu sprechem ist nicht mehr als heuchelei !

****

sprechen wir zuerst von der CGT allgemeiner gewerkschaftsbund). die im jahre 1903 begründete CGT war eine mehrheitlich anarcho-syndikalistische partei!während des 1 weltkriegs schwenkten die führer der CGT vom kurs ab und wirkten bei der"heiligen landesverteidigung"mit.nach der oktober-revolution bildete sich eine starke opposition:die anarcho-syndikalisten,die kommunisten(3 internationale) und alle gegner der verräterischen führer.die spaltung vollzog sich im jahre 1921,nicht lange nach der spaltung der sozialistischen partei(SFIO).zwei gewerkschaften bestanden nebeneinander:die alte, aber reformistische CGT und die reue,die sog.CGTU,deren führund die kommunisten sehr schnell übernahmen und aus der die anarcho-syndikalisten sehr bald austraten.bald verfiel die CGTU wegen der sektierischen und blödsinnigen politik der KP.im jahre 1935 wurde die gewerkschaftseinheit wiederhergestellt,mit der erlaubnis stalins und der einweihung der politischen volksfront wurde eine neue CGT geschaffen.vor und nach dem krieg spielte die KP die selbe komödie,sie kam an die macht und machte die CGT zu einer satellitenorganisation der KP.es folgte 1941 eine erneute spaltung:die anarcho-syndikalisten begründeten die CNT(aus verwandschaft mit derx spanischen CNT),die anderen antikommunistischen arbeiter dagegen gründeten die CGT-FO(CGT-arbeiterkraft).die französische CNT hatte jedoch bald jeden einfluß verloren und wurde zur scheinorganisation.
die CGT-FO,in der sich eine anarcho-syndikalistische minderheit befindet ist nicht so stark wie die CGT(diese ist besonders bei den beamten von bedeutung!).
wieviele mitglieder zählen diese beiden organisationen?es ist unmöglich eine genaue antwort zu geben.die CGT brüstetesich mit(1969) 2,3 millionen mitgliedern ,ihr tatsächlicher bestand dürfte aber höchstens 1,4 millionen betragen. die CGT-FO zähltm ca.0,5 millionen.viele anhänger,besonders in der CGT,zahlen ihre jährliche karte und maximal 2 o.3 beiträge.
die lehrkräfte der verschiedenen schultypen haben,um spaltungen zu vermeiden ihre eigene,autonome gewerkschaft gegründet.die FEN(lehrergewerkschaft)umfasst mehr als 80% aller lehrkräfte,rund 0,5 millionen,der mehrzahl jedoch zu fragen der gewerkschaftlichen richtung(in politischer hinsicht)keine stellung bezieht.deshalb ist es den kommunisten möglich die führung der FEN nach und nach an sich zu bringen,sie dominieren schon jetzt in den gewerkschaften des oberschul-und universitätswesens. im letzten kongreß der FEN(nov.71)bekammen sie mehr als 40% der mandate.
die christlichen gewerkschaften bestanden in frankreich schon vor dem ersten weltkrieg,einfluß gewannen sie jedoch erst nach 1925.die mehrzahl der CFTC(christliche gewerkschaft)fühlte sich jedoch mit der bezeichnung"christlich"nicht einverstanden.die spannungen endeten erst vor wenigen jahren in der spaltung der CFTC.die mehrheit gründete die CFDT(demokratische r gewerkschaftsbund)und lediglich eine minderheit behielt das siegel CFTC.die CFDT zählt jetzt ungefähr 0,5 millionen mitglieder und hat im mai 68 eine wichtige rolle gespielt.sie erschien mehr links als die CGT und machte ihr konkurrenz.die CFTC hat die krise mitlerweile überwunden,sie zählt 0,14 millionen mitglieder und übt unter den bergleuten einen gewässen einfluß aus.die CGC erfaßt einen großen teil der techniker,ingenieure und des monatlich bezahlten personals.sie kämpft führ die aufrechterhaltung der"heiligen hierachie",die als einziges ihre daseinsberechtigung erklärt.
ich habe schon sieben organisationen angeführt,und ich bin immer noch nicht fertig!es gibt in einigen betrieben "unabhängige gewerkschaften,deren mitglieder lkaien der arbeitgeben sind.des weiteren wären noch die CFT zu erwähnen(französischer gewerkschaftsbund) die nur die interessen der arbeitgeber vertritt.

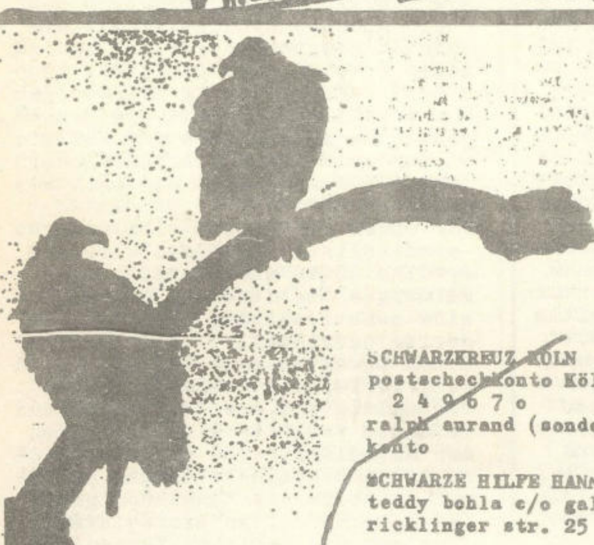
****

wo sind die anarcho-syndikalisten und anarchisten tätig?einige gehören zu der kleinen CNT,in der FEN besteht eine organisierte und aktive minderheit.in der CGT-FO haben die anarcho syndikalisten beim letzten kongreß(nov.71)12% der mandate bekommen.die CGT steht schon seit langer zeit im dienste der kommunistischen partei.die gleichschaltung herrscht in def CGT wie in der partei,und die anarcho-syndikalisten sind nach und nach ausgestoßen worden.
vor einem jahr haben sich anarcho-syndikalisten und"revolutionäre syndikalisten"gruppiert,um ihre meinungen auszubreiten.sie geben eine monatl.zeitung heraus,"solidarite ouvriere".
schon bereiten sich der CGT und die CFDT für die wahlen(national - verammlung)vor,die 1973 stattfinden,diese vertritt die interessen der sozialistischen partei und jene die der kommunistischen partei welche beide die "unabhängigkeit der gewerkschaften"propagieren . kuhhaut und schacher fangen an, um eine neue volksfront zu bilden und die arbeiter noch einmal einzuseifen !

- Jean Barueé -
Frankreich



+SCHWARZKREUZ



WIR SIND PLEITE!

über uns kreisen die geier,wir brauchen dringend GELD!!! ohne geld können wir nicht arbeiten! einzahlungen erbeten an:

SCHWARZKREUZ KÖLN postscheckkonto Köln 2 4 9 6 7 o ralph aurand (sonder konto	SCHWARZE HILFE BERLIN konto bei der berliner bank nr 9 9/7 7 6 8 9 I.Barz.,sonderkonto "S.H."
SCHWARZE HILFE HANNOVER teddy bohla c/o galle, ricklinger str. 25	S.H.Heidelberg/IRZU c/o asta,69 heidelberg, grabengasse 14,tel o6221/ 54343

berlin:genossen der s.h. mo/mi-fr,18,oo u.2o,oo im soz.zentrum;plenum jeden sonntag,14.oo ebenda.

von den PIGS gesperrt

RH - Konto seite 29 !

DER §129 EIN BRAUNER FADEN DURCH DIE GESCHICHTE DER BRD

BRIEF AUS DEM KNAST

wi bringen diesen brief einer verknasteten genossin um einmal am konkreten beispiel die zeremonien eines "haftprüfungstermins" aufzuzeigen.

vom abges tzten termin habt ihr erfahren,ich h e icht anders erwartet, die "gentlemen"sin 'hoflich,dafür gab e r.mabuses gruselkabinett od r wachsfigurnekabine t?-la' besser einschmelzen-das,was sich haft prufungste ain n n .
zu be in d r farce ka erst mal der bescheid,d s g ze findet hier im knast statt! ie angs vor gewaltsamer befreiung, der der möglichkeit zu fliehen w war zu groß.die justitz hat halt kein vertrauen vor ihren 'viehtransporte n". und dem bezahlten' ibern',die beim landger cht aus den kel erzellen dich abberu en.h r im knast wurde de "betsaal"festl h hergerichtet.funf t h zur tafel gemacht,geschmückt mit weißer tischtuc ren,der skranz mi den "sexualsymbolen" "krönte di aa t r die e aufführung"gehörigen "figu en"waren dann auch der scene ent echrd.1 seniler ober taats walt, 1 gerichtdirek or us der e g n schlagenden studentenbewegung,die schmisse zu hera el waren zahlr ch da n waren da noch zwe m netten die d m patriachen wohlwol end zunickten.man hatte den eindruck j n moment käme der m mit der sense oder ie pest,der g n k ast war hermetisc' verrammelt'die el t n h die kirchnefenster paste wie aus esd h:blau-brau ie ussion bei den anderen gefangenen uber die gefährlich per r das thema des tages!
am a h ta flatt te da s e ru ugs hr ib n fu die weitere inhaftierung in m ine zel e beart d br f t
inhaftierung im meine zelle.entbehrte die scene in der kirche einer ge - wissen komik nicht.so war der schri b" e d n 'f h t sc d er ge m cac eio s er gerichtsdirektor esders au uildes ein si ie be erkung nicht ersparen konnte das is n n ti cher a on als h fanatikerin erscheine ich nun schriftlich, als g u je 't tgefahr',die sich dadurch erhoht,das ich kontakte mit gleichgesi nt r gesa t n bundserepublik habe,die und jederzeit unterk ft gewahren wurden istige impotenz außer sich dai ,das die justi glaubt,wen ich in den nt rand geh ö t ich auch noch kontakt m n ller kind unterhalten konnt
"verdunklungsgefahr wurde a ch konstrui t,u a.aus dem umstan daß zur hauptverhandlu g e n demonstrat n"geplant sei,die dazu di hne mitang - schuldigte und zeugen zu be i flußen u.z.dahi geh nd,daß sie au ngst vo represalien mit der wahrheit zur c halten!rekonstruiert wu de diese unter- stellung aus eimem knastkassiber,der durch v rscha fte maßnahmen bei einer zellenfilzung gefu d n wurde;in dem die prozeßstrategie erla tert urde. es störte die justi z der atz:es lebe die raf.dann ist aus dem schrieb noch zu erl se daß d r dringende verdacht bestehe,das (der name der genossin wird aus verstandlichen nden nicht ge rach ,die red.)das geistige ober- ha t d r gruppe ist,die sich son t au wesentlich jun r n zusammensetzt. immer wiede das gl iche se t uni-wird lan sam langweilig-da pr e eren ihrer organisationsformen a uns na ja,irgendwi mu sen sie die rädels fuhrerin ja legitimieren bei d n ande genosse ba elt di justitz dei lu htgefahr dadurch zusammend setzt,das s h aus m elternh us gelöstet haben,und ih ei ense le en gefuhr h en.eben o u terhalten sie kontakt zu gleichgesinnten.das ganze i e amm ar u er ausgebur i er po lemik,die sich gegen emanzipation, otenzfähige jugend und v r allem die po litis h einstellung r chtet na h all m war h ute ein tag dse lichtblicks. da unser anwalt nicht t jed . stundenlang diskutieren kann kam i h in de g ß ein gruppenmitglei a na h inem h lben jahr wied r useh n.di freude w r groß,tr t t erstabe.die isolat on hat keine anpassung und regressio bewirkt.der ampf geht eiter ! VENCEREMOS

die justitz schlagt a e ins w s er bis s e irde e l n ertrinkt!!!!!!

S H

Asdonk ,Brigitte,seit 8.10 in Haft,in Berlin festgenommen.zwangs-ausgeflogen.
Anklage:Bewaffneter Bankraub,§129

- 65 Mainz,Dieter v.Isenburgstr.2

Berberich ,Monika,seit 8.10.70 in Haft,zwangsweise ausgeflogen: . erst nach Köln,seit August in Mainz
Anklage:bewaffneter Bankraub,§129

- 54 Koblenz,Simmernstr.14a

Grusdat,Eric,seit Anfang Dez.70 in Haft,in Berlin festgenommen.
Anklage;schwerer Raub,§129

- 4 Düsseldorf,Ulmen str.95

Jansen,Heinrich,seit 22.12.70 in Haft,festgenommen in Nürnberg
Anklage:§129

Ruhland,Karl-heinz,seit 2o.12.70 in Haft,in Oberhausen festgenommen.
Anklage;§129,bewaffneter banküberfall.

- 666 Zweibrücken,U-Haft,Joachim-Schwebelstr.33

Jackson,Larry,seit 19.11.70 in Haft
Anklage: versuchter Mord
Urteil : 6 Jahre

- 844 Straubing,Äußere Passauer Str.90

Schoof,Heine,seit September 67 in Haft in München.
Anklage:versuchter Mord
Urteil :12.7.68 ,10 Jahre (siehe dazu sein Buch "Erklärung",ES Nr.484)

- 858 Bayreuth, Markgrafenallee,JVA.

Zawissewski, Gerhard, seit Mitte 7o in Haft
Anklage: Haschich- Besitz

SCHULKAMPF
In Koblenz erschien eine neue,unabhängige Schulzeitung.
Preis 0,5o DM.
Sehr zu Emfehlen !!

Zu Beziehen:
Club Humanitas (Schulkampf)
54 Koblenz
Münzstr. 18

KNASTOTHEK
Kompl. üb. R.H. Berlin
R-H - INFO
Adresse S. 29u.

S H

ZEUGEN GESUCHT

Am [illegible] Dezember 1971 und an den Tagen danach sind in Zusammenhang mit den Vorgängen um Georg von Rauch von der Polizei Bürger festgehalten und zahlreiche Wohnungen durchsucht worden. Nach uns vorliegenden Berichten ist es dabei zu Übergriffen von Polizeibeamten gekommen. Wir stellen eine Dokumentation über diese Vorfälle zusammen und bitten alle Betroffenen, sich mit uns, am besten schriftlich, in Verbindung zu setzen. Alle Angaben werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Internationale Liga für Menschenrechte (Sektion Berlin)
[illegible] Union – [illegible] Berlin –
1 Berlin 62, Kufsteiner Straße 12, Telefon [illegible]

Bericht aus Deutschland: NEIN, nicht BRASILIEN!



Monatelang in einer fensterlosen Zelle

FR 11.2.72

Kritik am Vollzug der Untersuchungshaft im Fall Brigitte Asdonk aus Kamplintfort bei Düsseldorf, der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung — der Baader-Meinhof-Gruppe — vorgeworfen wird, hat Gerhard Seelbach, Mitglied des Frankfurter FDP-Kreisvorstandes, erhoben.

Nach seinen Angaben hat Brigitte Asdonk mehrere Monate in einer fensterlosen Zelle zugebracht und sei bereits wegen geringfügiger Verstöße gegen die Hausordnung mit Arreststrafen zwischen drei und zehn Tagen belegt worden. Als Gipfel der „Sicherheitsmaßnahmen" bezeichnete Seelbach es, daß Brigitte Asdonk nach Besuchen ihres Rechtsanwalts mehrfach gynäkologisch untersucht worden sei, um eventuell auf diese Weise versteckte Gegenstände zu entdecken.



Uruguay

Am Montag, den 3. Januar bemächtigten sich Tupamaros der Schlusselpositionen der Industriestadt Paysandu 5oo km nordöstlich Montevideos. Später zogen sie sich wieder zurück, wobei sie Waffen und Dynamit mitnahmen. (Le Monde, 7.1. 72) p., 4)
Die Tupamaros kündigten am 6. Januar das Ende der Waffenruhe an, die sie vor den allgemeinen Wahlen des 28. November 1971 beschlossen hatten. 8 von ihnen besetzten eine Rundfunksendestation in einer Vorstadt Montevideos, um diese Erklärung abzugeben. Sie fügten hinzu, dass der Präsident Jorge Pacheco die Verantwortung für die Wahlen trage, die die "dreckigsten" in der Geschichte des Landes sind. (Le Monde, 8.1.72,p.5
Die uruguayanische linke Tageszeitung "El Eco", die zum Organ der Volksfront geworden war, ist von der Regierung Pacheco Areco endgültig verboten worden. Die Zeitung hatte zahlreiche Berichete über die Eingriffe der USA und Brasiliens in das politische Leben Uruguays publiziert und aufgezeigt, dass Lee Echols an der Spitze der amerikanischen Berater für die uruguayanische Polizei die Nachfolge Dan Mitriones angetreten hat, der im August 197o von den Tupamaros getötet worden war. Echols war von der Tageszeitung angeklagt worden, die Provokationen der Polizei gegen die Volksfront während der jüngsten Wahlen organisiert zu haben.
(Le Monde, 14.1.1972, p. 3).

INTERNATIONAL

Aufruf des Sekretariats der
Internationale Anarchistischer Föderationen

3.2. 1972

APPELL ZUGUNSTEN DER OPFER POLITISCHER VERFOLGUNG

Am Sonntag, de n 9. Januar 1972 fand in Rom eine Versammlung von Genossen des Nationalkomitees für die Opfer politischer Verfolgung statt, an der außerdem Genossen des Schwarzkreuz, der Organisationen G.I.A. und F.A.I. und des Politisch-Juristischen Verteidigungskomitees teilnahmen.

Diese Versammlung wurde angesetzt, um auf nationaler Ebene die verschiedenen Initiativen für die Verteidigung der augenblicklich in Erwartung des Prozesses inhaftierten Genossen und d ie verschiedenen Kundgebungen der Kampagne gegen die Repression zu koordinieren.

Nach Prüfung der augenblicklichen Finanzsituation der verschiedenen Komitees entschloß man sich, einen internationalen Appell an alle Genossen und alle Bewegungen zu richten, damit sie uns so schnell wie möglich helfen, die ungeheuren Beträge, die dazu notwendig sind, zusammenzubekommen. Die verschiedenen Organisationen werden inständig gebeten, am jeweiligen Ort entsprechende Sammlungen zu veranstalten.

Um zu verhindern, daß sich alles aufsplittert und um einen genauen finanziellen Überblick un eine korrekte Buchführung zu ermöglichen, bitten wir, alle Spenden nur an diese Adresse zu senden:
EURO SPADONI - Casella Postale 20 - 60019 Senigallia (AN) / Italien.

FREEDOM :
-anarchistische wochenzeitung.
bestellisten und probeexemplare
freedom press
84 whitechapel
high street / angel alley
london,e1

Rivista Anarchica
+ Humanità nova
über das „Büro" jetzt
c/o A. Meyer
294 WILHELMSHAVEN
Flutstraße 274

Peru

2000 Arbeiter der Kupferminen von Toquepala im Süden Perus begannen am 13.Jan. einen unbefristeten Streik.Sie verlangen die Einhaltung der Tarifverträge. (Le Monde,16-17.1.1972,p.4)

Argentinien

4 Polizisten sind am 14.Jan.in Buenos Aires getötet,3 weitere sind verlatzt worden durch die Explosion einer sehr starken Bombe,die beim Wohnsitz von Jaime Perriaux,dem früheren Justitzminister deponiert worden war.Man hört weiter,dass am selben Tage ein Zug von unbekannten,bewafneten kräften in Temperley 35 km vor Buenos Aires angegriffen wurde.
Es ist dies der dritte derartige Zwischenfall in einer Woche.
(Le Monde,16-17.1.1972,p.4)

Columbien

Zweihundert Guerilleros nehmen eine Ortschaft ein

200 Guerilleros brachten am 7. Januar die kleine Stadt San-Pablo in Columbien in ihre Gewalt. Sie töteten einen Polizisten und verwundeten weitere vier, bevor sie sich mit mehreren Geisseln und einer Summe von 255 000 ffrancs zurückzogen. Sie hatten mehrere öffentliche Gebäude geplündert und die Geldschränke des Hotels, der Kreditbank und der Telephongesellschaft der Stadt ausgenommen.Einer der Geisseln ist der Präsident der Bucaramanga-Sektion der liberalen Partei, Norberto Morales Balleotros. Die Guerilleros hatten die Bevölkerung auf dem San-Pablo-Platz zu einer revolutionären Kundgebung versammelt. (Le Monde, 9.-10. 1. 72,p.2
In Reaktion auf den Handstreich, in dem am 7. Jan. die kleine Stadt San-Pablo, 300 km von Bogota entfernt von 200 Guerilleros eingenommen worden war,startete die columbianische Armee grossangelegte Durchkämmungsaktionen. Hubschrauber überflogen die Gegend und Anti-Guerilla-Einheiten durchzogen die angrenzenden Berge. Die Guerilleros hatten mehrere Geißeln mitgenommen, 6 von ihnen wurden von der Armee gefunden. Die Guerilleros hatten einen Polizisten getötet. Sechs weitere Polizisten waren von einem spanischen Priester gerettet worden, Pater Domingo Lain, der zur Guerillabewegung E.L.N. (Armee der Nationalen Befreiung) gehört und von dem die Operation ausging. Man vermutet, dass der Anführer der E.L.N. Fabio Vasquez, selbst die Guerilleros führte. (Le Monde, 12.1.72, p.4)

INFO KRITIK

dieser bericht eines genossen ist ein er der wenigen, die sich bisher mit dem INFO beschäftigen. wir bitten ihn aufmerksam zu lesen und uns gegebenen falls auch mal eure eigenen gedanken zu dem blatt zu schreiben!!!!
"zum INFO:
ein INFO, das alle drei monate erscheint, ist fast sinnlos. die situation innerhalb der gruppen ist so fließend, daß keum ein bericht mehr sitmmt, wenn einen das INFO erreicht. dort aktuelle nachrichten zu bringen hat jedenfalls keinen sinn.
vorschlag:
auf dem nächsten bundestreffen übernimmt eine feste redaktion (evtl nur 2 oder 3 (zuverlässige) genossen) das INFO. das INFO erhält dann eine weitergehende funktion:

1. sofortige und aktuelle information für alle arbeitenden gruppen über aktuelle ereignisse (hausbesetzungen, demonstrationen, repressionen, verfahren, RAF, Fahndung etc.) sowie internationalismus.
2. reportagen und berichte über längerfristige arbeit (lehrlingszentren, betriebsarbeit etc)
3. nach wie vor: gruppenberichte
4. theoretische beiträge zur klärung unserer grundlagen. (klassenanalyse, avantgardeproblem, marxismus - anarchismus-diskussion,,historische beiträge, lotta continua, il manifesto etc)
um diese funktion zu erfüllen, erscheint das INFO ab dem bundestreffen wöchentlich mit wechselndem umfang. INFO wird nur per nachnahme oder vorauskasse verschickt.
um eine manipulation zu verhindern muß die redaktion alle beiträge bringen. ein kommentierungsrecht steht ihr jedoch zu.

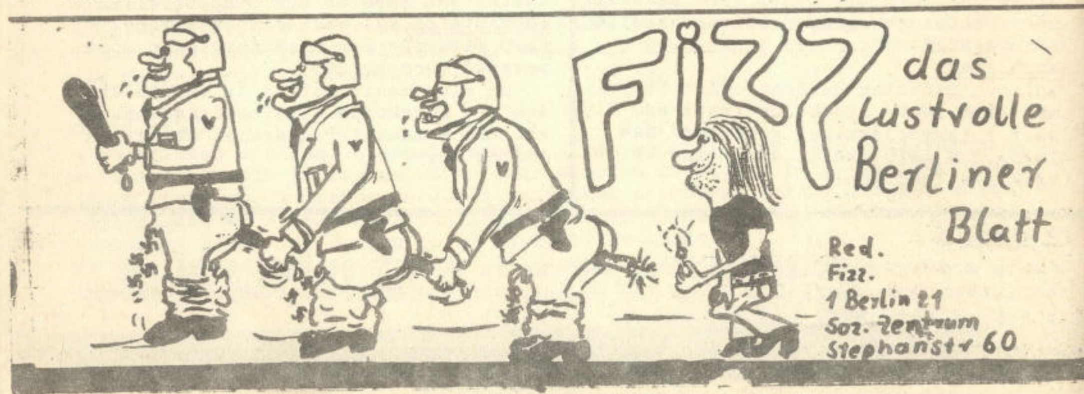
Guatemala

Sechs Armeeangehörige wurden am Sonntag in einem Hinterhalt getötet, der ihnen von Guerilleros in der Gegend von Peten, im Norden des Landes gelegt worden war. (Le Monde, 12. 1. 72, p. 4)

VERANTWORTUNG GEGENÜBER DER GRUPPE

unser heutiges system geht von der vorstellung aus,daß ein ind ividuum,das einer bestimmten gruppe oder organisation ange hört,genau so handelt wie es ihm die gruppe,oder die ideolo gie der gruppe,vorschreibt. sollte dieses individuum nun etwas unternehmen was nicht den normen dieses systems entspricht oder "sogar" die normen soweit überschreiten,daß er es mit den bullen zu tun bekommt,so wird ihm natürlich die hauptlast zuge schoben,aber gleichzeitig auch seine gruppe belastet und erheb lichen repressalien ausgesetzt. das behindert die arbeit der gruppe natürlich in erheblichem maße,und kann zu einer totalen auflösung der gruppe führen.da rum ist es notwendig,daß sich genossen die solche aktionen vor haben stillschweigend aber konse quent von der gruppe lösen um diese nicht in ihrer arbeit zu behindern oder sogar zu gefährde n.
dieser prozess der trennung soll te möglichst ohne viel aufsehens vonsich gehen. je stiller,je bes ser!denn ihr wißt ja selbst wie schnell sich spekulationen inner halb der gruppe ausweiten;bei al ler solidarität zu den genossen ist auch hier die gefahr nicht auszuschließen,daß informationen aus der gruppe herausgetragen werden.auch sollte die trennung konsequent durchgeführt werden. man sollte sich dann nicht von den genossen beeindrucken lassen ,die da behaupten man sei wohl wieder ins kleinbürgertum zurück gesackt oder gar zur dkp überge treten. aber was sollen die ge nossen auch anderes vermuten wenn man plötzlich nicht mehr mitarbeitet,von zeit zu zeit sich aber nach der arbeit der gruppe erkundigt.logisch ist es dann auch wenn die genossen miß trauisch werden und sich mit ihren informationen zurückhalten man ist in diesem fall dann auch nicht im stande dieses mißtrauen zu beseitigen,was sich natürlich später bei einem wiedereintritt in die gruppe sehr hemmend aus wirkt.
auch sollte man,wenn es sich um wie oben beschriebene ("strafba re",militante oder im langläufi gen sinne "radikale")aktionen handelt,nach einem wiedereintri tt in die gruppe,mit seinen äus serungen und informationen vor sichtig umgehen,da die vorher geleistete arbeit auch jetzt noch gewisse gefahren für die gesammte gruppe birgt.
ich wollte mit diesem beitrag keinen ratschlag geben,lediglich einen denkanstoß. auch sollten diese anmerkungen keinesfalls pauschal übernommen werden. für die eine situation mögen sie zu treffen,für die andere wieder total irrelevant sein.
genossen,es ist uns doch wohl klar daß dieses system seine un menschliche existenz gegen jeden mit aller härte verteidigen wird und daß es unsere aufgabe und notwendig ist das system zu ver nichten. aus dieser überlegung heraus müßte man auch zu konse quenten aktionen bereit sein. einen finger kann man brechen, fünf finger sind eine faust und wenn die faust auch noch ein ge wehr hält dann sind wir schon einen schritt voran,denn ein je der von uns stimmt wohl mit dem folgenden satz überein:
"die regierung des menschen über den menschen ist die sklaverei. wer immer die hand auf mich legt um über mich zu herrschen ist ein ursurpator und ein tyrann. ich erkläre ihn zu meinem feinde."

VENCEREMOS



ITALIEN

Italien, 21. Januar 1972

Liebe Genossen,

wir übersenden euch einen intarnationalen Appell der Italienischen Anarchistischen Bewegung, veröffentlicht in Nr. 1/1972 von UMANITA'NOVA.

Wir müssen unbedingt große Geldbeträge zusammenbekommen, um die Verteidigung der unschuldigen Genossen, die wegen des Massakers vom 12. Dezember 69 angeklagt sind, entsprechend unterstützen zu können.

Der Prozeß wird am 23. Februar beginnen, und vor diesem Tag müssen wir bereits eine Reihe von sehr wichtigen Initiativen ergreifen; so müssen wir uns etwa auf die Unkosten für den langwierigen Aufenthalt in Rom seitens vieler Rechtsanwälte aus verschiedenen Städten vorbereiten und ihnen die gesamte zur Verteidigung notwendige Dokumentation beschaffen.

Ebenso organisieren wir einen großen internationalen Volksprozeß und eine große nationale Kundgebung für den 19. Februar in Rom.

Nur wenn es uns gelingt, den reaktionären Machenschaften die Genossen zu entreißen, die jetzt vor Gericht gestellt werden, wird es uns gelingen, die Repressionswelle zu zügeln und den Faschismuß, der wieder hochkommt, zu zerschlagen.

Wir bitten darum, daß jede Bewegung nach ihren Möglichkeiten sofort in ihrem eigenen Land Geldsammlungen veranstaltet und uns so bald wie möglich so viel wie möglich zuschickt, und zwar an das Comitato Nazionale Pro Vittime Politiche (Adresse s.o.).

Wir sind sicher auf internationales Verständnis und internationale Solidarität zu treffen seitens der gesamten revolutionären Bewegung. Mit brüderlichen anarchistichen Grüßen

für DAS VERTEIDIGUNGSKOMITEE
gez. A. PARATORE

auf S. 140.

Die oben angegebene Adresse ist ein Postfach, kein Konto.

!



Venezuela

Hunderte von Soldaten, unterstützt von Aufklärungsflugzeugen der Luftwaffe durchkämmten die Berge östlich Caracas auf der Suche nach Guerilleros, die ihre Aktivitäten seit anfang des Jahres verstärkt haben.
20 Widerstandskämpfer haben eine Garnison der Nationalgarde in Ommare-del-Tuy angegriffen. Am 9 Januar bereiteten andere Guerilleros der Armee einen Hinterhalt, bei dem ein Soldat getötet und zwei verletzt wurden. (Le Monde, 12.1.1972)



Schmidt der Anarchist

„Ich lasse mir von niemanden etwas gefallen", mault Herr Schmidt, „weder vom Meister im Betrieb noch von der Polizei auf der Straße, noch von irgendwem, der mir kraft seines Amtes irgendwelche Vorschriften machen möchte. Die Zeiten der Diktatur liegen hinter uns, und in der Demokratie dulde ich keine Autoritäten über oder neben mir".

Also sprach Herr Schmidt in seinen eigenen vier Wänden, reagierte seinen Tagesärger ab, daß die Möbel wackelten, die Frau verschüchtert in die Küche und die Kinder in ihre Zimmer flüchteten. „Der Alte spinnt wieder", war ihre einhellige Meinung. „Von uns erwartet er, daß wir uns bedingungslos dem beugen, was er väterliche Autorität nennt. Er aber will sich weder vom Vorgesetzten noch von Vertretern des Gemeinwesens irgend etwas sagen lassen. Das nennt er, guter Demokrat sein, dieser Haustyrann". Der Schmidtsche Nachwuchs beobachtet scharf.

Herr Schmidt ist im Irrtum. Er verwechselt Demokratie mit Anarchie, Autorität mit Gewaltherrschaft. Eine demokratische Staatsform kann aber der Ordnung genauso wenig entbehren wie andere Staats- und Gesellschaftsformen. Sie verlangt sogar mehr Einsicht in die Notwendigkeiten wie z. B. eine Diktatur. Diese kann ohne Einsicht ihrer Bürger existieren, sie setzt auch weniger Verantwortungsbewußtsein des einzelnen voraus. In dieser Staatsform brauchen Träger von Verantwortung nicht unbedingt eigene, persönliche Autorität zu haben. Das Amt, die Befehlsgewalt, die Möglichkeit, Anordnungen mit Strafandrohungen durchzusetzen, läßt auf persönliche Autorität durchaus verzichten. Daher kommt es, daß man in Diktaturen viel häufiger als in Demokratien schwache Figuren an verantwortlichen Stellen antrifft, also keine Persönlichkeiten, sondern Abziehbilder. Und trotzdem funktioniert die Ordnung.

Demokratie ist aber keineswegs gleichbedeutend mit Führungslosigkeit oder Ordnungslosigkeit, wie Schmidt und seine Gesinnungsgenossen meinen. Herr Schmidt ist alles andere als ein Demokrat. Er ist eher ein Anarchist. Leute wie er sind Feinde der Demokratie, ja sie sind geradezu deren Totengräber.

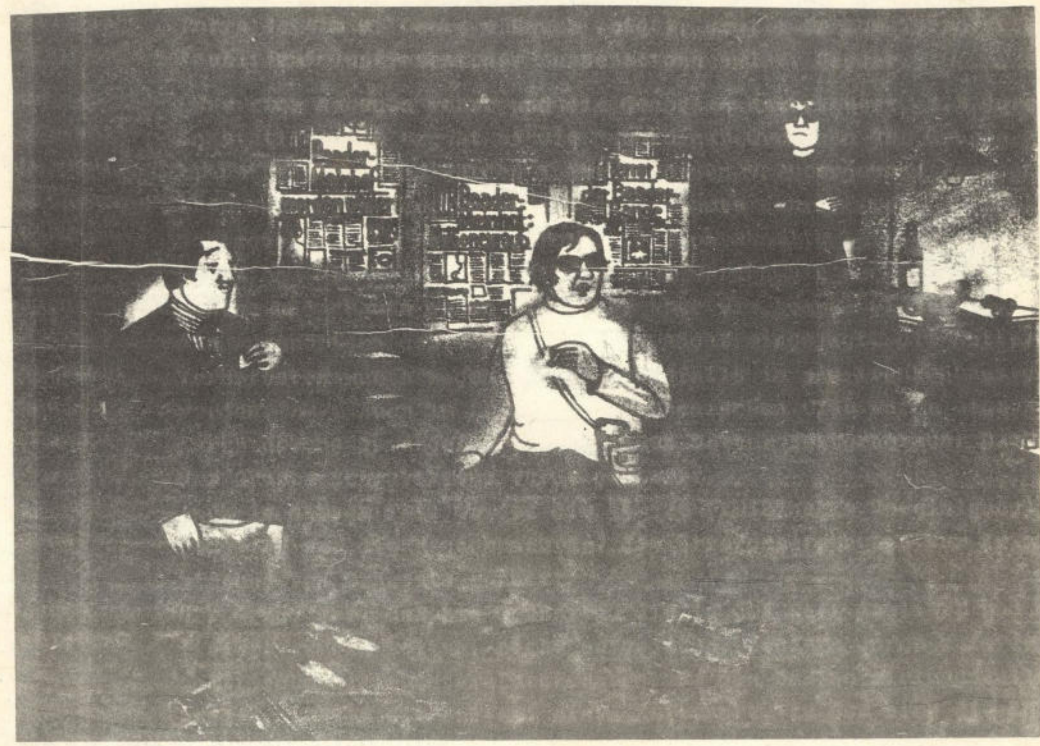
Spitz

Der Tod aus der Dienstwaffe ... aus stern →

Neugierig sah der 32jährige Maschinenschlosser Harald Kozinowski aus seinem Schlafzimmerfenster. Er wollte wissen, warum so viele Polizisten aufgeregt über die Straße liefen. Seine Neugierde kostete ihn das Leben. Denn kaum hatte er den Fensterflügel geöffnet, traf ihn eine Kugel ins rechte Auge.

Ein Polizeioffizier hatte ihn für einen Amokläufer gehalten, der – allerdings in der Nachbarwohnung – mit der Pistole seine Familie bedrohte. Der Polizist gab Feuer frei, ein junger Beamter schoß und traf. Ein Strafverfahren gegen den Schützen wurde nicht eingeleitet.

Dieser tödliche Schuß fiel im letzten Jahr in St. Georgen im Schwarzwald. Harald Kozinowski ist eines von weit über 100 Opfern, die in den vergangenen zehn Jahren durch Polizeigeschosse ums Leben kamen. Aber nirgendwo in der Bundesrepublik werden diese Todesschüsse registriert – weder beim Bundesinnenministerium noch bei den Staatsanwaltschaften oder den einzelnen Landeskriminalämtern. Denn, so argumentiert zum Beispiel der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Dr. Blochwitz, „solche Nachforschungen



»Sollen wir uns wirklich der Polizei stellen, Ulrike? Dieser Herr von der ›BILD-Zeitung‹ bietet uns eine halbe Million, wenn wir weitermachen!«

Arbeiterbrief Nr. 58, April 1965, S. 6

Hrsg.: Propst D. Ernst zur Nieden im Auftrag des Vereins zur Förderung der Männerarbeit der EKD e. V. Verlagsort Offenbach (Main)

ernst gemeint !

NEUES VON DER GENSCHER SPINGER BANDE

würden einen Arbeitsaufwand erfordern, den ich den mir unterstellten Staatsanwaltschaften nicht zumuten kann".

„Arbeitsaufwand" und „Nachforschungen" aber wären dringend nötig. Denn unsere Polizisten schießen in vielen Fällen zu schnell und zu hoch; in den Kopf statt in die Beine.

- Am 20. Oktober 1962 jagt die Polizei in Wanne-Eickel einen Räuber und schießt auf offener Straße hinter ihm her. Der unbeteiligte Passant Friedhelm Hartmann, 20 Jahre alt, wird in den Kopf getroffen.
- Am 3. August 1966 wird der 32jährige Handelsvertreter Rudolf Schoen an einem Autobahnrastplatz bei Wesel von zwei Polizisten verfolgt, weil er sich vor einem Kraftfahrer unsittlich entblößt hatte. Der Flüchtige erhält einen Schuß in den Rücken und ist tot.
- Am 15. Januar 1969 flüchtet sich der 21jährige Einbrecher Friedhelm Witkowski vor der Polizei ins Schlafzimmer seiner Wohnung. Dort wird er von einem Polizisten in den Rücken geschossen und stirbt.
- Am 2. November 1969 droht der 37jährige Tischler Bernhard Ehlert in Wolfach bei Offenburg, seine Familie zu erschießen. Polizisten stürmen die Wohnung. Ein Schuß verletzt den Tischler und trifft seinen hinter ihm stehenden neunjährigen Sohn Bernd tödlich.

Schlagzeilen machte der Fall Benno Ohnesorg. Bei einer Demonstration am 2. Juni 1967 in Berlin wurde der 26jährige Student von dem Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras in den Kopf geschossen. Er verblutete. In einem Strafverfahren wurde der Schütze freigesprochen.

Seit diesem Schuß und dem Freispruch wird der Waffengebrauch der Polizei immer heftiger kritisiert; vor allem, daß die Polizei offenbar gegen ihre Dienstvorschrift schießt, einen flüchtigen Verbrecher allenfalls „angriffs- und fluchtunfähig zu machen" (so das Hessische Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges). Denn wenn „selbstverständlich alle Schützen sagen ..., man habe auf die Beine geschossen" (so der verstorbene Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer), müßte es bei der großen Zahl der durch Kopfschuß Getöteten inzwischen eine ganze Armee von Beinverletzten geben. Doch die gibt es nicht.

Fritz Bauer berichtete kurz vor seinem Tode von einem im KZ Auschwitz gefundenen vorgedruckten Formular: „Auf der ersten Seite war vermerkt, daß der SS-Mann ... den Häftling ... auf der Flucht erschossen habe." Auf der letzten Seite stand der Beschluß zur Einstellung des Verfahrens, ebenfalls vorgedruckt. Der hessische Generalstaatsanwalt befürchtete damals, daß auch heute noch Ermittlungsverfahren gegen Polizisten, die mit der Dienstwaffe getötet haben, „in aller Regel, wenn nicht immer, in gleicher Weise enden wie die Verfahren bei dem SS- und Polizeigericht" – mit formloser Einstellung.

Bauer hatte mit seinen Befürchtungen recht. Bislang ist nur eine Verurteilung bekannt. Der Westberliner Polizeiobermeister Horst Salzwedel wurde zu sieben Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, weil er den vermeintlichen Autodieb Peter Braatz durch Genickschuß mit aufgesetzter Pistole erschossen hatte. Zuvor hatten allerdings Salzwedels Polizei-Vorgesetzte versucht, den Schuß als Notwehr hinzustellen.

Als „Nothilfe" hat auch die Münchner Staatsanwaltschaft die spektakulärste Erschießung hingestellt, die sich in Deutschland jemals ereignet hat, von Fernsehkameras auf allen Kanälen ausgestrahlt: die Massenballerei auf den Münchner Bankräuber Hans-Georg Rammelmayr, durch die auch die Geisel Ingrid Reppel gefährdet wurde. Rammelmayr wurde von der Polizei erschossen. Die Geisel starb laut staatsanwaltlicher Ermittlung durch Schüsse Rammelmayrs.

Zwei Jahre vorher war bei Badenweiler Ähnliches geschehen: Der Bankräuber Bruno Mateyka hatte den Sparkassenleiter Herbert Kopf als Geisel mit ins Fluchtauto genommen und seine Pistole gegen dessen Kopf gedrückt. Die verfolgenden Polizisten feuerten rund 100 Schüsse auf Verbrecher und Geisel. Als Mateyka von einem Schuß verletzt wurde, tötete er durch Kopfschuß den Sparkassenleiter. Mateyka wurde wegen Mordes verurteilt, das Verfahren gegen die schießenden Polizisten eingestellt.

Als vor vier Wochen der 32jährige Gerhard Arnold Finnendahl mit einem gestohlenen Lastwagen im 60-Kilometer-Tempo über die Mannheimer Autobahn zuckelte und Haltezeichen verfolgender Polizisten nicht beachtete, wurde er, nachdem er schließlich angehalten und weggelaufen war, mit einer Maschinenpistole in den Hinterkopf geschossen. Nach der sofort bekanntgemachten Meinung ihrer Vorgesetzten handelten die Beamten in „Notwehr".

Polizeioberrat Koch erklärte, alle Streifenwagen im Karlsruher Gebiet seien jetzt mit Maschinenpistolen ausgerüstet, die die Eigenschaft hätten, nach mehreren hintereinander abgegebenen Schüssen „nach oben zu ziehen". Oben, wo der Kopf sitzt.



Die Zeitschrift „Befreiung“ wurde beschlagnahmt

Republikanischer Club wehrt sich

KÖLN

Polizeiterror gegen die Genossen von Schwarzkreuz Köln

Am 5.2.72 wurden in Köln mehrere Wohnungen durchsucht. 5 Genossen vorübergehend festgenommen. Sie gehören zur Redaktion "Befreiung", die vom Schwarz Kreuz Köln, einer Knasthilfeorganisation herausgegeben wird. Die Genossen schickten uns folgenden Bericht:

Der Schlag gegen SK-Köln und gegen "Befreiung" kam nicht unerwartet. Schon seit geraumer Zeit erhielten Genossen Telefonanrufe und Botschaften unter Namen von anderen Genossen, die fingiert waren. Dadurch gelang es den Bullen und Spitzeln allerdings nicht, Verwirrung zu stiften.
Außerdem hatte uns der verschärfte internationale Terror die Augen geöffnet: Pinelli in Italien (Crocenera Anarchia)
Stuart Christie in England (Black Cross)
Georg v. Rauch in Berlin (SH)

So fing es in Köln an:

18.12.71 fingiertes Telegramm an SH Berlin, angeblich aufgegeben von SK c/o Aurandt (richtig ist Aurand)

24.1.72 Anruf der Kölner Rundschau im RC, Fragen über "Befreiung", die anarchistische Gruppe, ihre Stellung zum RC usw.

25.1.72 Artikel der FAZ gegen den "linksradikalen" RC

26.1.72 Rundschau-Artikel über "Befreiung" und SK im Zusammenhang "Baader-Meinhof".
Noch am selben Tag: Beschluß des Amtsgerichts über die Beschlagnahme sämtlicher Auszüge und Unterlagen des SK-Kontos.

3.2.72 Telegramm unter dem Namen Franz Gonzer an SH Wolfsburg, indem zu einem nationalen Schwarzkreuz-Treffen aufgerufen wird und Name, sowie volle Anschrift von Ralph Aurand im Text angegeben wird. Herr Gonser streitet ab, dieses Telegramm aufgegeben zu haben. Sonderbar ist, daß das Telegramm bereits am nächsten Tag reklamiert wurde, entgegen der üblichen Praxis des Telegraphenamts. Außerdem weiß der Beamte vom Beschwerdebüro Bescheid über SK und SH, kennt Adresse Stephanstr. 6o, weiß, daß SK sich im RC trifft. Er stellt Fragen über die anarchistische Gruppe, will Einzelheiten wissen, auch über die berliner Gruppen.
Zitat: "Dies ist kein Verhör, alles, was Sie aussagen, tun Sie freiwillig." -
Der Sprachschatz eines Postbeamten!!!

4.2.72 Erneut irreführende Telefonanrufe.

5.2.72 6 Uhr Haussuchung bei Bernd D. Im Verlauf Drohungen gegenüber der Mutter. Vorübergehende Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung.
8 Uhr Haussuchung bei Hans K. Es erfolgte keine Rechtsbelehrung. Vorübergehende Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung.
8 Uhr Haussuchung bei Ralph A. Beschlagnahme des SK-Kontos und aller Unterlagen. Im Durchsuchungsbefehl wird der Name wieder falsch geschrieben (Aurandt) - wie im fingierten Telegramm. Offensichtlich hat sich da bei der Polizei ein kleiner Fehler eingeschlichen. Vorübergehende Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung.
Als der Anwalt um 12 Uhr mit der politischen Polizei sprach, wurde ihm mitgeteilt, Ralph sei schon entlassen. Tatsächlich wurde er erst nach erneutem Anruf des Anwalts um 17 Uhr entlassen.

8 Uhr: Haussuchung bei Willy Huppertz in Mülheim/Ruhr. Beschlagnahme von Briefen, Abonnentenlisten, Zeitschriften und Drucksachen. Willy ist 67 Jahre alt, Verfolgter des NS-Regimes und ehemaliger KZ-Häftling.

8 Uhr: Haussuchung bei v. Schwind (1. Vorsitzender im RC) und v.d. Lanken (RC Geschäftsführer). Vorübergehende Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung v. Schwinds.

Begründung der Aktion: Ermittlungen gegen das Redaktionskollektiv der Zeitschrift "Befreiung", Verdacht des Verstoßes gegen §13o (Angriff auf die Menschenwürde). Außerdem wurde Bernd D. Verstoß gegen §129 vorgeworfen.
Mündlich derselbe Vorwurf gegen Hans K. und Ralph A. Ebenfalls wurde Ralph die Organisation von SK vorgeworfen. Alle haben die Aussage verweigert. Auf Grund der Tatsache, daß unter anderen Gefangenen auch inhaftierte Mitglieder der RAF unterstützt wurden, unterstellte man daher auch Kontakte zu noch freien Mitgliedern und deren Unterstützung.

Verstöße der Polizei gegen STPO:
1) Eindringen in den RC Köln
2) Drohungen gegen Dritte
3) Unterlassung der Rechtsbelehrung bei Hans K.
4) Verweigerung einen Anwalt bei den Durchsuchungen zugegen sein zu lassen.
5) Weigerung, die Unterlagen des RC Köln zu versiegeln. Auf einen mündlichen Protest von Ralph. Gegen erkennungsdienstliche Behandlung wurde mit einer Anzeige wegen Widerstand gedroht.
6) Die Polizei hielt sich nicht an das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel.
Beim Einsatz von acht Beamten, davon zwei uniformierten im Falle Bernd D., und die Festnahme und erkennungsdienstlichen Behandlungen in allen Fällen.
Wegen Postscheckkonto, s. Anlage.

Es wird keine besondere Ausgabe oder ein besonderer Artikel als strafwürdig angegeben, sondern grundsätzlich die ganze Zeitung. Das beweist, daß sich die ganze Polizeiaktion gegen die freie anarchistische Agitation überhaupt richtet.
Im Zuge der RAF-Hysterie veranstaltet man eine Hexenjagd, der auf die Dauer jede Opposition zum Opfer fallen wird.
Der erste Schlag richtet sich gegen die anarchistische Bewegung, da man damit rechnet, daß diese am wenigsten Solidarität von anderen Gruppen erhält.

Das ist nicht die Schuld der RAF Genossen, sondern gäbe es sie nicht, wäre ein anderer Vorwand gefunden worden. Notstandsgesetze und Handgranatengesetz waren vorher da!




... ein Trieb-Täter ...


... ein Serien-Täter ...


... ein Gewalt-Täter ...


... ein Überzeugungs-Täter ...


... oder ein Anschluß-Täter?

JEDWEDEN AUCH NOCH SO KLITZEKLEINEN HINWEIS NEHMEN WIR BEGIERIG ENTGEGEN!!
JEDER DARF MITRATEN!
DIE RICHTIGEN EINSENDUNGEN WERDEN PRÄMIERT

- die red. -



TERRORURTEIL U. POLIZEIAKTIONEN

Der Genosse Johann Heinrich von Rauch soll ausgeschaltet werden; so will es der Staatsapparat. Nachdem sich die von der Polizei und Staatsanwaltschaft konstruierte Anklage wegen Mordversuchs durch Zeugenaussage als unhaltbar erwies, mußte die Justiz zu einem außerordentlich hohen Strafmaß, gemessen an der Geringfügigkeit der Anklagepunkte, greifen, um zu ihrem Ziel zu kommen:

8 ½ Jahre Gefängnis ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unerlaubten Waffenbesitzes.

Da es sich der Staat nicht leisten kann, alle politischen Gegner offen zu liquidieren (wie die Reaktion auf die Ermordung der Genossen Petra Schelm u. Georg v.Rauch zeigt), greift er zum Terrorurteil als "sublimem" Instrument der Ausschaltung seiner Gegner.

Wer sich dagegen wehrt und die Genossen unterstützt, z.B.durch Knasthilfe, dem ergeht es wie den Kölner Genossen der Gruppe "Schwarzkreuz". Am Samstag wurden 5 der Genossen vorübergehend festgenommen, ihre Wohnungen durchsucht und das gesamte schriftliche Material beschlagnahmt. Die Form der Polizeiaktion ähnelte teilweise Gestapomethoden: Mit Worten wie "Ihren Sohn werden Sie ne Woche lang nicht sehen" und "Heute gehen wir noch, aber wir kommen wieder!" wurden die Angehörigen dem Festgenommenen Angst eingejagt. Die Mutter eines Verhafteten mußte wegen eines Herzanfalls in ein Krankenhaus gebracht werden. - Auch im Kölner Republikanischen Club wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dessen Leiter festgenommen. Das Konto der Gruppe Schwarzkreuz wurde gesperrt.

Auch in diesem Fall werden die §§ 129 (kriminelle Vereinigung), 130 (Angriff auf die Menschenwürde) des Strafgesetzbuches zur Kriminalisierung von Genossen benutzt.

Der Grund war, daß sie Genossen, die in der Haft isoliert und demoralisiert werden sollen, nicht aufgegeben, sondern durch materielle und politische Hilfe unterstützt haben. Um den Schlag wirkungsvoller zu landen, wählte die Polizei einen Zeitpunkt, zu dem sich die Kölner Genossen mit Genossen aus anderen Städten treffen wollten, die ebenfalls politische Gefangene betreuen. Die Polizeiaktion soll offensichtlich die Kölner Gruppe sowie die Kommunikation mit anderen Gruppen treffen. Sie ist also gegen alle gericihtet, die die Genossen im Knast unterstützen.

SCHLUSS MIT DEM POLIZEI- UND JUSTIZTERROR

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

BULLEN- + JUSTIZ TERROR

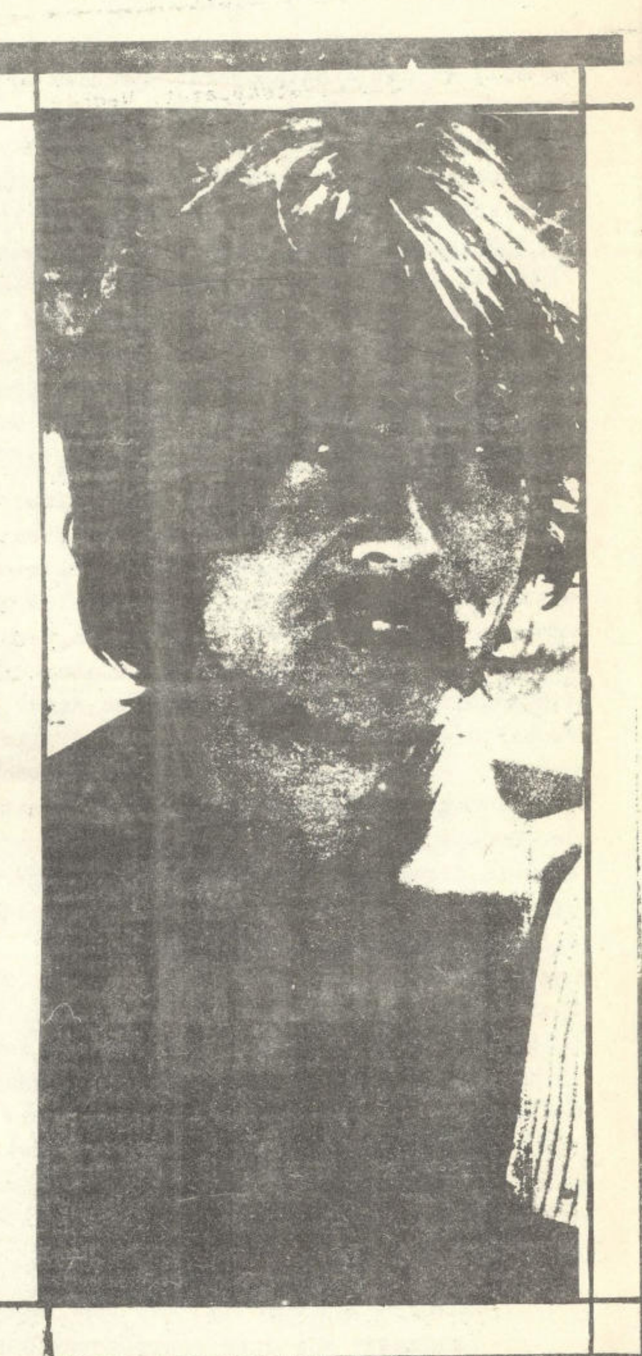
Protokoll einer Hausdurchsuchung

Am 6.1.72, ca um 5 Uhr wachte ich auf, als die Haustuer mit lautem Krachen und Brecheisen geöffnet wurde. Ich hörte schweres Getrampel.. ungefähr 12 bis 15 Bullen -zum Teil in Zivil - und 2 Bullen-frauen strömten durch die Wohnungm in der ich zu der Zeit zu Gast war. Zuerst wurden wir vier Frauen aufgefordert, uns einer Leibesvisitation durch die zwei Bullenfrauen zu unterziehen...wir verlangten ein Schreiben, das diese Maßnahme zumindest juristisch rechtfertigen wuerde: sie hatten keine. Sie hatten lediglich einen Hausdurchsuchungsbefehl wegen des Verdachts der Urkundenfaelschung. ich sagte, es sei mir unverstaendlich, wie diese Leibesvisitation in irgend einem Zusammenhang mit einer Urkundenfälschung stehen konne, und wie Leute, die mit dem Verdächtigten nicht identisch sind, betroffen sein sollten Da die Polizisten aber mit Gewalt drohten, blieb es unsererseits bei einem verbalen passiven Protest. Uns wurde nochmal versichertm daß auch für die Leibesvisitation ein Befehl vorlage und dieser nachgereicht werden würde.

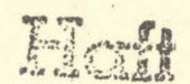
Besonders rücksichtslos verfuhr man mit den drei Kindern, zwischen 3 und 5 Jahren, vor deren Zimmern sie nicht zurückwichen und deren Betten sie mit starken Lichtkegeln absuchten. Alle Zimmer wurden durchwühlt. Ich hatte nur eine Handtasche und einen Korb dabei, weigerte mich aber, persönlich Notizen und Briefe meines Mannes den zynischen Bullen zum lesen zu geben und berief mich dabei auf das Grundrecht. Da ich auch dagegen protestierte, daß sie mein Tagebuch lesen, wurde einfach alles beschlagnahmt. Einer der Beamten meinte, daß man die Grundrechte sowieso abschaffen sollte, da sie ihm bei der Arbeit nur behindern würden. Sie blieben ca. 2 Stunden und als sie gingen, meinten sie, sie hätten uns zwar diesmal nichts nachweisen können bzw. nichts gefunden...aber sie würden wiederkommen, bis etwas fänden, sie würden uns schon noch kriegen.

Das einzige männlich Mitglied der Wohngemeinschaft führten sie zur erkennungsdienstlichem Aufnahme in ihrer Kartei ab.

Das Ganze erinnert an die kommunistenjagden des amerikanischen Senators Mc Carthy. In der Presse und in amtlichen Verlautbarungen werden die Anarchisten ständig als kriminelle Monster hingestellt. Es genügt, jemanden als Anarchisten zu bezeichnen, um jede erdenkliche Maßnahme gegen ihn zu rechtfertigen. Es wird also systematisch gegen eine Gruppe der Bevölkerung gehetzt.



Aktenzeichen: 22 Js 85/71



An den
Herrn Vorsitzenden
der 4. Strafkammer
bei dem Landgericht

München I

AUSZÜGE aus der

Anklageschrift

in der Strafsache

gegen

von Rauch Johann Heinrich, geboren am 21.10.1941
in Hohensalza;
deutscher Staatsangehöriger;
verheirateter Ingenieur;
zuletzt wohnhaft in 1 Berlin 41,
Varziner Straße 13/14;
Eltern: Georg von Rauch und
Margarethe, geb.Reimer

vorläufig festgenommen am 2.4.1971;
in dieser Sache in Untersuchungshaft
seit 3.4.1971 auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts München von
diesem Tage in der Strafanstalt München-Stadelheim.

Der Angeschuldigte wird daher beschuldigt

1.) durch zwei selbständige Handlungen in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem anderen versucht zu haben, zwei Menschen vorsätzlich zu töten, um eine Straftat zu ermöglichen (Widerstand gegen die Staatsgewalt) und eine weitere Straftat (unerlaubter Waffenbesitz) zu verdecken

und hierdurch

in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem anderen zur Vollstreckung von Gesetzen berufenen Beamten bei der Vornahme einer Amtshandlung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben

2.) durch eine weitere selbständige Handlung abermals Beamten, die zur Vollstreckung von Gesetzen berufen sind, bei der Vornahme einer Amtshandlung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben

3.) verbotswidrig eine Faustfeuerwaffe erworben zu haben

4.) verbotswidrig eine Schußwaffe geführt zu haben

und sich hierdurch schuldig gemacht zu haben

1) zweier in Mittäterschaft begangener sachlich zusammentreffender Verbrechen des versuchten Mordes in Tateinheit mit einem in Mittäterschaft begangenen Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt

- §§ 211, 43, 47, 74; - 113, 47; - 73 StGB

und (§ 74 StGB)

2) eines Vergehens des Widerstandes gegen die Staatsgewalt

- § 113 StGB -

und (§ 74 StGB)

3) eines vorsätzlichen Vergehens des verbotswidrigen Erwerbs einer Faustfeuerwaffe

- §§ 26 I 1, 11 WaffenG -

und (§ 74 StGB)

4) eines vorsätzlichen Vergehens des verbotswidrigen Führens von Schußwaffen

- §§ 26 I 2, 14 WaffenG -

Rote Hilfe Westberlin 1 Berlin 21 Stephanstrasse 60 · verantwortlich: Richard Klein
Spendenkonto: (Brentzel) Nr. 064 000 347 Sparkasse Berlin (West) ·
Preis: 20 Pfg. (Erlös für die Betreuung politischer Gefangener) · 14.2.1972
RH-INFO

welche, die uneinsichtig waren.
Ich möchte hier betonen, daß
Herr von R a u c h , obwohl er
mir die Waffe nicht zurückgab,
zu den Einsichtigen zählte, aber
sich letztlich auf Grund der
Meinung von Uneinsichtigen zur
Rückgabe der Waffe nicht durch-
ringen konnte."

Bl.356 - 361 Am 26.8.1971 ist auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts München - Ermittlungsrichter - in einem anderen Ermittlungsverfahren die Haftzelle des Angeschuldigten von den Zeugen R e s s e l , H a u s m a n n und K i t s c h l e r durchsucht und ein dort vorgefundener Schnellhefter sichergestellt worden. Hierin sind eine Reihe von Schriftstücken enthalten, die die Zugehörigkeit des Angeschuldigten zum Kreis linksextremistischer Terroristen beweisen:

Eine "Liste der derzeit in politischen Sachen Inhaftierten" weist folgende Namen aus:

Michael Baumann
Monika Berberich
Heinz Brockmann
Hilmar Buddee
Brigitte Asdonk
Herbert Heun
Peter Knoll
Irene Goergens
Ingrid Schubert
Dieter Kunzelmann
Annerose Reiche
Georg von Rauch (B
Thomas Weisbecker
Bernd Wolf
Horst Mahler
Heinz Janssen
Hans-Jürgen Becker
Erich Grusdat
Thorwald Proll
Fritz Teufel
Jimmy Vogler
Heinrich von Rauch
Astrid Proll
Ilse Stachowiak
Renate Wolf

Der Name des Angeklagten steht hier in der Reihe bekannter - wegen verschiedener Verbrechen (Sprengstoffanschläge, Mordversuch) zum Teil bereits abgeurteilter - Linksextremisten.

Während seiner Inhaftierung hat der Angeschuldigte eine Vielzahl von Briefen und Kartengrüßen von zum Teil inhaftierten Gesinnungsgenossen erhalten. Unter anderem haben ihm geschrieben: Irene Goergens (im sog."Mahlerprozeß" wegen des anläßlich der Befreiung des Strafgefangenen Baader begangenen Verbrechens des versuchten Mordes zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt),
Dieter Kunzelmann,
Fritz Teufel,
Herbert Heun,
Karl Heinz Kuhn (angeklagt u.a. wegen Verbrechens der versuchten Brandstiftung und des schweren Raubes und eines Vergehens des unberechtigten Führens von Schußwaffen)
Rainer Krämer
Annerose Reiche

"Das ist ein Problem und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden. Aber die Praxis hat natürlich zu sein, davon auszugehen, daß die Polizei als Repräsentant des Systems zu bekämpfen ist und natürlich rücksichtslos zu bekämpfen ist, skrupellos und bedenkenlos zu bekämpfen ist."

Dementsprechend ist auch von den sogenannten "Stadtguerillas", den Gesinnungsgenossen des Angeschuldigten, - mit denen er auf einer "Liste" steht und gemeinsam in der sogenannten"K n a s t o t h e k" genannt wird,- gehandelt worden:

Bl.347 ff

a) 14.5.1970 Berlin

gewaltsame Befreiung des Strafgefangenen Andreas B a a d e r . Der Tat verdächtig sind u.a. Ulrike Meinhof, Ingrid Schubert, Irene Goergens und Astrid Proll (StA Berlin 2 P Js 460/70).

b) 3.8.70 Berlin

Schüsse auf verfolgende Polizeibeamte u. a. durch Bernhard Wolf, der Schlüssel zu einer konspirativen Wohnung bei sich trug, die von der im Zusammenhang mit der Fahndung nach der sog. Baader-Meinhof-Gruppe festgenommenen Brigitte Asdonk angemietet worden ist (StA Berlin 2 P Js 1391/70).

c) 22.12 1970 Nürnberg

Freischießen des Fluchtweges durch den Linksextremisten Heinrich Jansen.

d) 10.2.1971 Frankfurt

Freischießen des Fluchtweges durch Astrid Proll und Manfred Grashof (Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt 1 B Js 6/71).

e) 6.5.1971 Hamburg

Schießen auf Polizeibeamte durch Astrid Proll (GBA 1 B Js 6/71).

f) 24.6.71 Heidelberg

Schüsse auf verfolgende Polizeibeamte, die in einem Fall zu lebensgefährlichen Verletzungen führten, durch langjährige Freunde des Angeschuldigten; nämlich Alfred Mährlander, Bernhard Braun, Rolf Reinders. Die Tatwaffe wurde auf die gleiche Weise wie die Waffe des Angeschuldigten mittels des Jagdscheines des Zeugen Aschenbrenner erworben.

g) 15.7.71 Hamburg

Schüsse auf verfolgende Polizeibeamte durch Werner Hoppe und die während des Schußwechsels getötete Petra Schelm

STELLUNGNAHME ZUR ANKLAGESCHRIFT

Nach §200AbsII der StPO wird in der Anklageschrift das wesentliche Ergebnis der Ermittlungen dargestellt.Das bedeutet, daß Tatsachen samt Beweisgrundlage, aus denen sich der hinreichende Tatverdacht ergibt, aufzuführen sind.
Wenn man die Anklageschrift gegen Johann Heinrich von Rauch betrachtet, fällt auf, daß sich hier Tatsachen mit unbewiesenen Vermutungen und und bloßen Unterstellungen scheinbar willkürlich mischen. Daß dahinter aber eine Systematik steht, wird erst beim genauen Hinsehen deutlich: An allen Punkten, wo das - mehr als dürftige - beweisbare Tatsachenmaterial nicht ausreicht, werden Vermutungen der Staatsanwaltschaft als objektiv erwiesen hingestellt.
So werden z.B. auf den Seiten 2, 3, 15, 18, 27 und 28 Verbindungen des Angeschuldigten zu anarchistischen Terroristenkreisen unterstellt.. Dies dient der Staatsanwaltschaft zu dem Zweck, darüber hinwegzutäuschen, daß das Beweismaterial für die dem Angeschuldigten konkret zur Last gelegten Taten äusserst unzureichend ist.
Aber selbst diese Unterstellungen sind in sich widersprüchlich und nicht schlüssig.
Denn die Tatsachen, die eine solche Verbindung herstellen sollen, sind Briefe, die von Rauch erst während seiner Untersuchungshaft erhalten hat(S.14), und die nichts weiter beweisen, als daß Menschen, die in der gleichen Situation stehen, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. Auch die Hilforganisationen (Rote Hilfe etc.) dienen nur dem Zweck, die gewollte Isolation während der Haftzeit zu durchbrechen indem sie durch Gefangenenlisten den Briefkontakt fördert und durch Büchersendungen und Besuche Hilfe leistet. Wenn man trotz dieser klaren Aufgabenstellung solche Gruppen als linksextrem hinstellt (S. 18), kann dies nur als böswillige Unterstellung seitens der Staatsanwaltschaft verstehen.

Wie sehen nun die Beweise bei den drei angeführten Tatkomplexen aus?

1. Versuchter Mord verlangt den Entschluß, d.h. den Vorsatz, ein in der Vorstellung des Täters konkret umrissenes Verbrechen zu verüben. Wenn von Rauch wegen des angeblichen Ziehens der Pistole wegen Mordversuch angeklagt wird, müßte ihm bewiesen werden, daß er zum Schießen entschlossen war und den Polizisten Thurnhofer dadurch töten wollte. Das Verhalten des Angeklagten vor seiner Festnahme läßt den Schluß auf einen Mordversuch nicht zu. Wenn er wirklich hätte schießen wollen, hätte er während seines Weglaufens wohl genügend Gelegenheit gehabt. Die Beschreibung des Tathergangs durch den Polizisten (S.4) scheint wenig wahrscheinlich und ist wohl nur durch dessen damalige Aufregung zu erklären. Es ist kaum denkbar, daß man in dieser Lage ("der Angeschuldigte lag bäuchlings auf dem Boden, der Zeuge auf dessen Rücken") eine Pistole über die Schulter bis auf 5 bis 10cm gegen den Kopf eines anderen, also geziehlt richten kann, sie außerdem zu entsichern und zu spannen.
So konnten auch andere Tatzeugen diese Angaben nicht bestätigen (vgl. etwa Zeuge Lugeder, S.23).
Daß dieser Tathergang auch der Staatsanwaltschaft für den Beweis des Mordvorsatzes nicht genügt, zeigen die bereits geschilderten "Hilfskonstruktionen" und Unterstellungen der Ankläger.

2. Der unbekannte Begleiter von Rauchs soll bei der Verfolgung auf den anderen Polizisten geschossen haben. Unklar bleibt, ob es sich hierbei um eine Schreckschußpistole oder eine scharfe Waffe handelte.

Dieser Schuß soll von Rauch über die juristische Konstruktion der Mittäterschaft zugerechnet werden.
Der hierzu erforderliche Nachweis des bewußten und gewollten Zusammenwirkens kann wegen der nicht geklärten Identität des Begleiters nicht erbracht werden. Deshalb greift die Staatsanwaltschaft auch hie auf die oben angesprochenen Unterstellungen zurück, geht hier jedoch noch einen Schritt weiter. Aus seinen Briefkontakten wird seine Geisteshaltung, "grundsätzlich auf Polizisten zu schießen" (S.18) gefolgert. Um dies zu untermauern wird auch ein angebliches Ulrike Meinhof Zitat aus dem "Spiegel" angeführt (S.19), das von der Roten Armee Fraktion als nicht authentisch bezeichnet wird (siehe Rotbuch 26 Rotbuch 26, S.111: "Wir machen nicht rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befinde- befindet sich nicht im Befhlsnotstand..."
In der Anklageschrift folgt dann (S.19ff) eine Liste von Vorfällen. die angeblich im Zusammenhang mit der sog. Baader-Meinhof-Gruppe stehen.
Abgesehen von der Tatsache, daß selbst die Sicherungsgruppe Bonn keinerlei Zusammenhang zwischen dieser Gruppe und von Rauch sieht, sind objektive Unwahrheiten zu entdecken: z.B. ist Bernhard Wolf schon lär aus der Haft entlassen worden, was den in dieser Anklageschrift zierten Vorwurf wohl nicht angemessen ist. Es weitern hat Astrid Pro bei ihrer Festnahme bekanntlich nicht geschossen.

3. Die Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt auf dem Polirevier stellt die Tatsachen auf den Kopf.
Wie sich aus der Strafanzeige des Verteidigers von Rauchs vom 22.4.7 ergibt, war es nicht von Rauch, der Widerstand übte, vielmehr wurde von den Polizeibeamten brutal zusammengeschlagen. Das Ergebnis der Mhandlungen wird durch die veröffentlichten Pressefotos und eine Untesuchung durch den Gefängnisarzt unter Beweis gestellt. Während die Anzeige und Beschwerde des Verteidigers eingestellt und als unbegrün zurückgewiesen wurde taucht der Vorfall in der Anklageschrift al Widstand auf.

Eigendruck im Selbstverlag. Verantwortlich: "ROTE RECHTSHILFE", Heinz-Georg Vogler, 8 München 2, Adlzreiterstr. 12

hier kann die kompl. Schrift bezogen werden!

red.



UUHH!WIEDER SO'N SCHEISS INFO....



DIE MACHEN JA NUR NOCH MIST



ALSO,WENN ICH IN DER REDAKTION SAESSE....

EDITORIAL, DAS LETZTE

genossen,

was ihr hier in den haenden ha bt ist das letzte info seiner art,wenn nicht das letzte info ueberhaupt.haltet es also gut fest,besser noch ihr tut es gl eich in euer archiv.die redakt ion hat sich entschlossen ihre seit langem verkuendete und tr otzdem wirkungslose drohung,da s info einzustellen,grausame w irklichkeit werden zu lassen.l etztere hat uns auch dazu bewo gen diesen bedauerlichen schri tt zu tun.

der widerspruch zwischem theor etischem anspruch und der prak tischen durchfuehrung der konz eption ist derart groß geworde n,daß es nicht mehr moeglich i st ihn durch revolutionaeren o ptimismus(der schon an illusio nismus grenzt)und eine menge g eld weniger genossen zu ueberw inden.

das info traegt den mehr schoe nklingenden als sinnvollen unt ertitel "internes* kommunikatio nsorgan der anarchistischen & raetekommunistischen gruppen i m deutschsprachigen raum".das heißt konkret:dieses blatt ist im gegensatz zu allen anderen zeitungen nicht das produkt ei ner tintenverspritzenden redak tion oder das organ irgendeine r gruppe.es ist das kommunikat ionsorgan a l l e r gruppen und individuen.es soll also in formationen,berichte und mater ialien ueber die arbeit der gr uppen,ueber ihre aktionen und projekte verbreiten und austau schen(moeglichst schnell um ak tuell zu sein),wobei die theor etisch diskussion nicht fehlen soll,kann und darf,was in den letzten infos auch nicht der f all war.dies war die ursprueng liche konzeption des infos,die s waren auch die vorstellungen der wilhelmshavener genossen u nd die der in sievershausen an wesenden gruppen.

voraussetzung fuer eine verwir klichung dieser vorstellungen sind nun aber folgende drei pu nkte:

1.eine gesicherte finanzierung
2.ein reger und staendiger inf ormationsfluß von allen gruppe n zur redaktion
3.eine redaktion,die dieses ma terial in kuerzester zeit layo uten,drucken und verschicken k ann.

* info ist ein internes organ.d. h.es soll nicht zu agitationsz wecken herumgereicht werden.wi r brauchen darum nicht so zu t un,als duerften wir nur positi ve berichte fuers info schreib en.am meisten lernen wir aus u nseren fehlern.allerdings mueß te noch mal geklaert wir weit "intern".



HHMMH?OB ICH MAL WAS FUERS INFO SCREIBE?!?!?!?

FINANZIERUNG

sich zu der miserablen finanzi ellen lage zu aeußern hieße,da s wiederholte zum wiederholten male zu wiederholen.eine infon ummer kostet 25o.- bis 3oo.- d m.in wilhelmshaven sind bis je tzt 5 infos herausgegeben word en.das macht zusammen 125o.- b is 15oo.- dm ausgaben.davon si nd knapp 5oo.- dm reingekommen macht zusammen 75o.- bis 1ooo.- dm,die von wenigen(sprich 5)ge nossen aus eigener tasche aufg ebracht worden sind.jetzt sind die genossen pleite.macht zusa mmen kein info mehr.

INFORMATIONSFLUSS

was den informationsfluß von d en gruppen angeht,so war die e rsten zwei monate nach sievers hausen recht gut und umfangrei ch,was sich in zwei monatlich erscheinenden nummern mit jewe ils ueber 5o seiten niederschl ug.doch schon die naechste num mer 11/12 zeichnete sich durch eine lange vorbereitungszeit a us,die teilweise bedingt durch technische schwierigkeiten(ums tellung des druckes auf offset), ihre ursache vor allem in dem immer mehr abflauenden informa tionsfluß und mangel an berich ten und material von den grupp en hatte.dennoch ist es der re daktion gelungen mit einigen l ueckenfuellern und artikeln au s anderen zeitungen den umfang auf 7o seiten zu bringen.

erst die letzte "doppelnummer" 13/14 oeffnete auch dem letzte n optimisten innerhalb der red aktion die augen:

das info als organ aller grupp en ist zu einer farce geworden, die nur deshalb noch besteht w eil einige genossen mit blinde m revolutionaerem eifer immer mehr geld und zeit investiert haben.

bis auf vier genossen gibt es niemanden,der uns einigermaßen regelmaeßig informationen schi ckt,und wo nix is,da kann nix gedruckt werden.

alle bitten,forderungen und dr ohungen haben nichts gefruchte t.die genossen(das seid ihr,di e ihr dieses info lest!!!)habe nuns keine berichte geschickt. ueberlegt euch mal woran das l iegt,wahrscheinlich sind die g ruende in den einzelnen gruppe n verschieden.liegt es an den schwierigkeiten innerhalbder g ruppen,sind die genossen zu fa ul oder hat man massive kritik am info anzumelden?ist letzter es der fall,kann man sie der r edaktion mitteilen,die freut s ich darueber.

was es im einzelnen auch sei,d ie redaktion sieht sich nicht mehr imstande ohne artikel ein e zeitung zu machen.



ACH,ICH LASS ES SEIN.DA MUESSTE MAN DANN JA AUCH.....
UND AUSSERDEM HAB ICH JETZT SOWIESO KEINE ZEIT!

INFO 15, DAS LETZTE

REDAKTION

leider sind zu all diesen schw ierigkeiten auch noch technisc h-organisatorische schwierigke iten hinzugekommen.einmal durc h die jetzt aufgehobene trennu ng der redaktionen in wetzlar und wilhelmshaven(die redaktio n ist nur noch in whv),zum and eren durch den druck,umstellun g von spirit-carbon und unlese rliche wachsmatritzen auf offs et,dann defekt der offsetmasch ine usw.
diese probleme sind nun aber b eseitigt.der redaktion ist es moeglich innerhalb von 5 tagen ein info zu layouten,drucken u nd zu verschicken.siehe schnel les erscheinen der vorliegende n nummer.

FAZIT

dies ist die bestandsaufnahme der redaktion in whv und der g enossen in wetzlar.die redakti on ist finanziell nicht mehr i n der lage und aufgrund mangel nder berichte und artikel auch nicht mehr bereit ihre arbeit weiter zufuehren.
falls sich in naechster zeit n ichts entscheidendes aendert a n dieser situation,d.h.die zah lungen und informationen weite r ausbleiben,gibt es info nich t mehr.
diese drohung ist mit sicherhe it die letzte und wird auch in die tat umgesetzt werden,da au ch die letzten optimisten in d er redaktion die scheiße erkan nt haben und nicht mehr bereit sind sich und ihr geld zu verb rauchen.

ES LIEGT AN EUCH E U R E ZEI TUNG ZU RETTEN !! ARBEITET MIT

wenn ihr geld und beitraege sc hickt ist die redaktion berei t,das info kontinuierlich zu l ayouten,so daß man,was die akt ualitaet angeht,jederzeit den faden unterbrechen kann und di e blaetter in den druck gegebe n werden koennen.der dauert 2 tage und info ist nach 5 tagen in euren briefkaesten.
wir sind bestrebt die erschein ungsabstaende von einem monat auf 14 tage zu reduzieren.info soll nicht unbedingt regelmaeß ig erscheine,sondern immer dan n,wenn es sinnvoll ist.so z.b. steht diese nummer im zeichen des hildesheimer prozesses.

RETTET EUER INFO!

-die info redaktion-

prozeß gegen

die kommune 3, wolfsburg

in hildesheim
landgericht, domplatz
vom 24.2. - etwa 3.3

Kommt Genossen!

[illegible] AUFGEZEIGTEN MÖGLICHKEITEN VERFOLGTEN ZIELE DES STAATES

Will man herausfinden, was mit der Anwendung des §129 und den damit verbundenen Kampagnen und Maßnahmen gegen RAF und SPK bezweckt wird, so ist es angebracht zwei Zielsetzungen, deren Verwirklichung allerdings nicht voneinander zu trennen ist, aufzuzeigen:
1. Bekämpfung von Gruppen, die versuchen, den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Systems zu antizipieren,
2. eine Einflußnahme auf das Bewußtsein des Staatsbürgers, der sich an eine faschistisch operierende Staatsgewalt gewöhnen soll.

[illegible] des staatlichen Monopols auf Gewaltanwendung durch revolutionäre Gruppen sind Tatsachen, mit denen sich ein Staat, dessen Konzept der sozialen Befriedung aller Klassen und Schichten beinahe aufgegangen zu sein schien, auf keinen Fall abfinden kann. Hiergegen wird auf mehreren Ebenen angegangen:

1. Die strafrechtliche Verfolgungsmaschinierie wird massiv und unter Entfaltung aller ihrer Machtvollkommenheit auf die Gruppenmitglieder und ihre sie unterstützenden Genossen angesetzt.

2. Gleichzeitig schreckt sie mögliche Sympathisanten von solidarischem Verhalten ab.

Zwischen beidem wird scharf differenziert. Dorothea Ridder, die

§129

Was das erste Ziel anbetrifft, so gilt es natürlich zunächst die Mitglieder der Gruppen unschädlich zu machen, darüberhinaus aber die Gruppen selbst politisch zu isolieren, damit eine revolutionäre Gruppe entweder zu dem wird, was sie nach Ansicht des "Spiegel" (Nr. 48, 1971, S. 49) schon ist: "vielleicht ein halbes Dutzend schwerbewaffneter Tagträumer.", oder damit ihre Mitglieder gezwungen werden ihre politischen Vorstellungen fallen zu lassen, z.B. ins Ausland zu gehen, von wo sie nicht mehr agieren können. Der Grund, warum zu diesem Zweck die RAF von Genscher zum "Staatsfeind Nr. 1" ausgerufen wurde und warum gegen sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen wird, liegt letztlich darin, daß bei der Befreiung Andreas Baaders am 14. Mai 197o Linke, die aus der Studentenbewegung kamen, bewaffnet vorgingen.

als entschiedene Linke bekannt und sicher auch aktenkundig war, wanderte mit einem Haftbefehl wegen §129 in Untersuchungshaft, weil sie der RAF Wohnung verschafft haben soll. Liberalen, denen derselbe Vorwurf gemacht wird, wird bisher durch Hausdurchsuchungen, einstweilige Festnahmen usw. nur ein gehöriger Schrecken eingejagt, obwohl Genscher schon verkündet hatte: "Ich warne jeden davor, diese Verbrecher in irgendeiner Weise zu unterstützen". Diese Warnung richtete sich vor allem an "an sich sonst honorige Kreise in der ganzen Bundesrepublik" (beide Zitate aus der Suddeutschen Zeitung vom 15.2.1971). Diese Diskrepanz im Vorgehen der Verfolgungsbehörden steht in scharfem Widerspruch zu der angeblich völlig unpolitischen, rein antikriminellen Bekämpfung der "Baader-Meinhof-Gruppe".

3. Von Seiten der Regierung wird ständig der vollkommen apolitische Charakter der RAF betont. Genscher meinte, es handelte sich "um gemeine Kriminalität - und nichts anderes." (Süddeutsche Zeitung vom 15.2.1971) Ehmke nannte sie: "die gefährlichsten Gangster, die es gibt." (Spiegel, Nr. 1, 1971)

4. Gleichzeitig wird durch eine gezielte Veröffentlichungspolitik der Bundesanwaltschaft und der Regierung dei gesamte Presse zu immer wahnwitzigeren Vermutungen (Bande um Baader plante Entführungen/ Brandt und Ehmke als Geiseln, Süddeutsche Zeitung vom 13./ 14.2.1971), zu immer unverschämteren Fehlinformationen (Baader-Bande schoß ohne Hemmungen, Bild vom 16.7.1971) angestachelt. Für diejenigen Kreise, die auf eine soche Wortwahl eigentlich nicht hereinfallen mögen, hält dann noch der Spiegel ("Resultat politischer Selbstverführung", Nr. 48, 1971, S. 49) oder gar Konkret ("Gib auf, Ulrike") her.

Mit alledem soll das verhindert werden, was eine Anwendung des §129 nicht opportun und damit unmöglich machen würde: einmal eine massenhafte Solidarität mit gewaltsam vorgehenden revolutionären Gruppen, zum anderen das Bewußtsein des Staatsbürgers, daß hier in Wirklichkeit mit den Mitteln, die immer wieder als solche, mit denen politische Vorstellungen nicht durchgesetzt werden dürfen, angeprangert werden, Politik gegen die Interessen des Volkes gemacht wird. Träte eines von beidem ein, wäre §129 eine stumpfe Waffe. Großangelegte Fahndungen, Razzien, Polizeiterror allerortens, aufsehenerregende Prozesse gegen politische Gegener, staatliche Machtentfaltung überhaupt sind Gift für den Staatsapparat, wenn auch nur ein Teil der Bevölkerung sie unvoreingenommen oder gar Partei ergreifend beobachtet. Das galt - wenn auch mit einigen Abstrichen - für die Studentenbewegung, die Sympathien in Teilen der Bevölkerung hatte und gegen die deshalb niemals der Versuch unternommen werden konnte, sie mit Hilfe von §129 zu kriminalisieren und zu verfolgen. Das gilt auch jetzt und in Zukunft für ale revolutionären Gruppen.

Darüberhinaus nimmt der Staat die Gelegenheit wahr, der Bevölkerung das Entsetzen vor offenem Terror langsam zu nehmen. Die RAF ist diesbezüglich tatsächlich zu einem Objekt der Bundespolitik geworden. Waren schon Genscher und seine Kollegen mit ihren Äußerungen nicht gerade zimperlich, so setzte Nordrhein-Westfalens Innenminister Weyer den bisherigen Höhepunkt, indem er die Meinung äußerte, man müsse die Bevölkerung an den Anblick einer bewaffneten Polizeimacht gewöhnen wie an das Steuerzahlen. Dies Anliegen wird in die Tat umgesetzt. Bewaffnete Polizei wird allgegenwärtig. Der Anblick des mit der Maschinenpistole bewaffneten Streifenpolizisten soll zum Alltagserlebnis werden. Am Bild eines Staatsapparats, der die Vorkehrungen trifft, unter denen er eines Tages eine faschistisch vorgehende Polizeimacht halten und einsetzen kann, fehlen nun auch schon die ersten Morde nicht mehr.



PETRA SCHELM
ERSCHOSSEN AM 15.7.71